Türkei: Tod dem Faschismus! Freiheit dem Volk!

1 H 3752 CX
Seite 11

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 47, 24. November 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

Unterbezahlung, Wochenendpendeln, beruflicher Abstieg —

Für Arbeitslose alles zumutbar!

Die Bonner Regierung will jetzt den schwerwiegenden Abbau der Rechte der Arbeitslosen, wie er in dem berüchtigten „Runderlaß 230" enthalten ist, gesetzlich festschreiben. Einen entsprechenden Entwurf zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes legte Bundesarbeitsminister Ehrenberg vor kurzem vor. Damit sollen die Arbeitslosen fast vollständig der Profitgier der Unternehmer ausgeliefert, sollen sie zu einem restlos verfügbaren, immer mobilen Heer entrechteter Lohnsklaven erniedrigt werden.

Auch der „Runderlaß 230" war in Wahrheit auf Ehrenbergs Initiative zurückgegangen. Dieser Erlaß gibt den Arbeitsämtern neue Richtlinien bei der Vermittlung von Arbeitslosen, die auf eine massive Ausweitung der Zumutbarkeit bei Stellenangeboten hinauslaufen. Der Erlaß löste wegen seiner völlig unsozialen Stoßrichtung eine Welle von Empörung und heftigen Protesten aus. Jetzt spielte sogar Ehrenberg plötzlich den Unschuldsengel, der von dem Erlaß angeblich nichts gewußt habe.

Inzwischen ist völlig klar geworden, daß die scheinheilige Distanzierung Ehrenbergs reine Augenwischerei war. Der Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministeriums übernimmt nicht nur den reaktionären Inhalt des Erlasses in allen wesentlichen Punkten, sondern er geht sogar noch weiter in der Entrechtung der Arbeitslosen. Wie schon im Runderlaß, ist vorgesehen, daß die Arbeitslosen grundsätzlich auch Stellen annehmen müssen, die sie zum Wochenendpendeln oder gar zum Wechsel ihres Wohnortes zwingen. Ferner ist auch nach Ehrenbergs Gesetzentwurf beruflicher und sozialer Abstieg sowie massive finanzielle Abgruppierung für die beruflich qualifizierten Arbeitslosen von vorneherein zumutbar. Über den Runderlaß hinausgehend ist zusätzlich vorgesehen, daß kinderlosen Ehefrauen kein Recht mehr eingeräumt wird, aus familiären oder haushaltsbedingten Gründen auf einer bestimmten Lage der Arbeitszeit (bestimmte Schicht usw.) oder auf Teilzeitarbeit zu bestehen. Ferner soll die Bewegungsfreiheit der Arbeitslosen rigoros eingeschränkt, soll ihnen verboten werden, sich außerhalb des Bezirks ihres Arbeitsamtes aufzuhalten.

Die Bundesregierung will dieses Gesetz im Eiltempo durchpeitschen, um die Öffentlichkeit zu überrumpeln. Wir fordern: **Weg mit diesem Gesetzentwurf! Weg mit dem „Runderlaß 230"!**

Kostendämpfung im Krankenhausbereich

Sogenannter Bettenberg: „Unfaßbare Verdrehung"

Die Regierung in Bonn plant eine Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes, das die sogenannte Kostendämpfung im Krankenhausbereich verschärft vorantreiben soll.

Im Klartext: Es sollen noch mehr Krankenhäuser geschlossen und massenhaft Betten gestrichen werden. In den Krankenhäusern soll ein brutaler Rationalisierungsfeldzug durchgeboxt werden, soll die jetzt schon katastrophal schlechte Krankenversorgung durch weiteren Personalabbau, durch Verringerung von Planstellen für Ärzte, durch Verschlechterung der Ausbildung des Pflegepersonals und durch Einsparungen an allen Ecken und Enden noch mehr verschlimmert werden.

Propagandistisch wird dieser ver-

Fortsetzung auf Seite 4

Weit über tausend Menschen, hauptsächlich ÖTV-Mitglieder, die in den Krankenhäusern Dortmunds beschäftigt sind, beteiligten sich am Donnerstag vergangener Woche an einer ÖTV-Demonstration gegen Rationalisierung, Bettenstreichungen und Personalabbau in den Krankenhäusern. Insbesondere richtete sich die Demonstration dagegen, daß auch in Dortmund künftig die Krankenpflegeschüler in den Stellenplan der Krankenhäuser aufgenommen werden sollen, nach dem Schema, drei bzw. vier Schüler ersetzen eine examinierte Schwester. Damit verschlechtert sich einerseits die Ausbildung der Pflegeschüler; andererseits werden damit zusätzlich Planstellen gestrichen, also der Personalabbau vorangetrieben.

Die Initiative für die Demonstration ging von Pflegeschülern aus, die sich an die ÖTV gewandt hatten. Die Demonstration wurde auch breit von ausgebildeten Schwestern unterstützt. Ein großer Erfolg war es, daß die Pflegeschüler bzw. Lernschwestern durchsetzen konnten, daß sie klassenweise zu der Demonstration gehen konnten. Es wurden Parolen gegen die Rationalisierung an den Krankenhäusern und die staatlichen Angriffe auf die Krankenversorgung gerufen. Eine Parole lautete: „Bettenstreichen — das gibt Leichen!" Die Stimmung war sehr kämpferisch. Es wurden viele Solidaritätserklärungen an die Demonstration verlesen. Besonderen Beifall löste eine Solidaritätserklärung des Vertrauensleutekörpers von Hoesch-Westfalenhütte aus.

NPD-Parteitag

Nazis raus aus Arolsen!

In der nordhessischen Stadt Arolsen zog die NPD am Wochenende ihren Parteitag durch. Ein Aufgebot von 1.500 Polizisten war abkommandiert worden, um diesem Nazikongreß den nötigen Schutz zu sichern.

Die NPD-Führer hatten sich mit Arolsen eine Stadt für ihren Parteitag ausgesucht, deren Bürgermeister stets ein offenes Herz für die Faschisten hat. Zudem hatten sie geglaubt, in einem relativ kleinen Ort vor Massenprotesten sicher zu sein. Aber darin hatten sie sich getäuscht. Über tausend Antifaschisten sammelten sich in Arolsen, um gegen die faschistische Provokation zu protestieren (Bericht Seite 6).

Letzte Meldung

In Hamburg läuft bereits seit über 40 Verhandlungstagen der Prozeß gegen neun Antifaschisten, die gegen eine Kundgebung der Neonazis demonstriert hatten. Nachdem in diesem Prozeß die Unglaubwürdigkeit der Polizeizeugen immer mehr zutage trat und nachdem sich eine zunehmende Solidarität unter den Hamburger Werktätigen mit den Angeklagten zeigte, konnten die Antifaschisten jetzt einen großen Erfolg erringen: Am Montag dieser Woche wurde dem Antrag der Angeklagten, den Beisitzenden Richter Timcke für befangen zu erklären, stattgegeben. Damit ist der Prozeß geplatzt. Alle Gerichtskosten muß die Staatskasse tragen, und die Anklage gegen die Antifaschisten muß neu erhoben werden. (Näheres lesen Sie auf Seite 7).

Stahlwerker sind kampfbereit

Zehntausende gingen auf die Straße

Dortmund: Rund 15.000 Stahlwerker marschierten von den drei Hoesch-Hütten zur Kundgebung auf den „Alten Markt"

Zu Zehntausenden demonstrierten am Freitag vergangener Woche die Stahlwerker in Nordrhein-Westfalen und Bremen ihre Kampfbereitschaft. Auf zahlreichen Spruchbändern und Trageschildern erhoben die Kollegen die Forderungen nach mindestens 5 Prozent mehr Lohn und nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich.

Die Stahlwerker wollen den geschlossenen Streik für die Durchsetzung dieser Forderungen. Daß sie sich darin einig sind, machte der machtvolle Aufmarsch am Freitag deutlich. Auch die Urabstimmung, die am Freitag in einigen Hüttenwerken bereits angelaufen war, deren Ergebnis bei Redaktionsschluß jedoch noch nicht vorlag, wird dies mit Sicherheit zeigen.

Um die Mittagszeit verließen die Kollegen ihre Arbeitsplätze und formierten sich zu machtvollen Demonstrationszügen, insgesamt mehr als zwei Dutzend an der Zahl. An diesem Nachmittag ruhte in vielen Hüttenwerken weitgehend die Arbeit. Von den Betrieben aus marschierten die Kollegen zu den angegebenen Kundgebungsorten. So folgten sie auf kämpferische Weise dem Aufruf, zu dem sich die IGM-Führung nun endlich durchgerungen hatte. Wochenlang hatten die Stahlarbeiter immer nachdrücklicher gefordert, daß das provokatorische Verhalten der Stahlbarone mit gewerkschaftlichen Kampfaktionen beantwortet werden soll.

Im nordrhein-westfälischen Industrierevier und in Bremen fanden an diesem Nachmittag insgesamt mehr als 20 Stahlwerkerkundgebungen statt. Allein in Duisburg waren es an beiden Seiten der Rheins rund 20.000 Teilnehmer, Stahlwerker von Thyssen, Mannesmann und Krupp, und teilweise auch ihre Frauen und Kinder, die sich auf drei verschiedenen Kundgebungen versammelten.

(Weitere Berichte auf Seite 4).

Zielfahnder wieder unterwegs

Monatelang war zwischen Bonn und Belgrad hart gepokert worden. In Jugoslawien saßen vier „Terroristen" ein, von den Zielfahndern des BKA zur Strecke gebracht. Bonn verlangte ihre Auslieferung. Tito zeigte sich bereit, dieser Forderung nachzukommen. Im Gegenzug jedoch sollten einige reaktionäre jugoslawische Elemente, darunter der berüchtigte Faschist Bilandciz, die in der Bundesrepublik untergekrochen waren, nach Beldgrad abgeschoben werden.

Aber da mochten die Herren in Bonn nicht mitmachen. Denn das Asylrecht für ausländische Faschisten ist ihnen heilig. Freilich, wenn es darum geht, etwa fortschrittliche Palästinenser oder Iraner abzuschieben, dann wird nicht viel Federlesens gemacht. Aber was faschistische Bombenleger und Giftmörder vom Schlage eine Bilandciz angeht — sie können der Gastfreundschaft des Bonner Staates sicher sein.

Jetzt, nachdem die Bundesregierung selbst das von Tito angestrebte Tauschgeschäft hat platzen lassen, ist das Geschrei über die Freisetzung der vier „Terroristen" groß. Schon ruft die CDU nach einer harten Bestrafung des jugoslawischen Regimes durch Kreditsperrung. Damit dürfte sie bei der Regierung offene Türen einrennen. Schmidt wird es die Tito-Clique schon spüren lassen, was es heißt, aus der von ihm kommandierten europäischen Internationale der Terroristenjäger auszuscheren und sich nicht bedingungslos den Forderungen Bonns zu fügen.

Und die Agenten des BKA sind schon wieder unterwegs. So konnte die „Welt am Sonntag" bereits melden: „In den frühen Morgenstunden brachen gestern mehrere Zielfahndungskommandos des Bundeskriminalamtes mit geheimen Zielen auf dem Balkan und in Nahost auf."

Viel Lärm um nichts

Anfang letzter Woche ging in Mainz der FDP-Parteitag zu Ende. Was diesem „Zünglein an der Waage" des Bonner Parteientheaters am meisten Sorgen machen mußte, war der bei den Landtagswahlen in Hamburg und Niedersachsen zutage getretene „Vertrauensschwund" der bisherigen Wählerschaft. Wahrheitsgemäß erkannten die Delegierten, daß es gerade große Teile der Jugend gewesen waren, die sich vom „liberalen" Gehabe bisher angezogen gefühlt hatten und langsam durchschaut haben, wie das mit der „Liberalität" zu verstehen ist.

So standen denn auch auf dem Parteitag die Versuche im Vordergrund, der FDP mit viel demagogischem Wortgerassel ein „fortschrittliches Profil" zu geben. Wie es aber tatsächlich mit der Politik dieser Partei aussieht, das zeigen zwei Beispiele:

1. In der Atomenergiefrage wurde schließlich ein Antrag angenommen, wonach Atomenergie nur verwendet werden darf, wenn die anderen Energiequellen nicht ausreichen. Also ein grundsätzliches „Ja" zum Bau weiterer Atomkraftwerke.

2. In der Frage des „Radikalenerlasses" lagen sich Befürworter und Gegner publikumswirksam in den Haaren. Das Ergebnis: Es soll weiter „berufsverboten" werden, nur ohne automatische Anfrage beim Verfassungsschutz. Mit Kompromissen dieser Art konnte Parteichef Genscher beruhigt nach Hause fahren; in seiner Partei ist alles beim alten geblieben.

„Kompromiß" beim Steuerpaket

Daß sich Regierungskoalition und Opposition bei der Debatte über das Steuerpaket im wesentlichen einig sind, haben bereits die vergangenen Diskussionen gezeigt. Die Unternehmer sollen entlastet werden, und die Werktätigen sollen die Last aufgebürdet bekommen. Die Unterschiede zwischen ihnen wurden jetzt in einem Kompromiß (ohne Gegenstimmen!) beigelegt. Außer der bereits beschlossenen Abschaffung der Lohnsummensteuer, die den Unternehmern durch Fälschung ihrer Bilanzen einen riesigen Steuerbetrug ermöglicht, sollen jetzt auch die Gewerbeertragssteuer (ab 1. 1. 80) und die Gewerbekapitalsteuer (ab 1. 1. 81) durch höhere Freibeträge für die Unternehmer gesenkt werden. Außerdem soll die Mehrwertsteuer ab 1. 7. 79 von 12 auf 13 Prozent erhöht werden. Letzteres bringt bekanntlich für die Werktätigen neue Preiserhöhungen, und zwar bringt das eine Belastung von 7 bis 8 Milliarden Mark. Währenddessen ernten die Unternehmer durch den Kompromiß weitere 145 Millionen Mark Einsparungen (zusätzlich zu den Vorteilen des ursprünglichen Regierungsentwurfs).

Zwar enthält das jetzt beschlossene Steuerpaket auch einige Erleichterungen, von denen Werktätige profitieren können. So wird das Kindergeld ab 1. 1. 79 vom dritten Kind an auf 200 Mark, ab 1. 7. 79 für das zweite Kind auf 100 Mark festgesetzt. Zusätzlich soll ein Kinderbetreuungsfreibetrag eingeführt werden (ab 1. 7. 79), der jährlich 600 Mark beträgt, wobei die Aufwendungen nachgewiesen werden müssen. Aber was hier gegeben wird, wird andererseits (Mehrwertsteuer) wieder genommen. Und den großen Reibach bei diesem Paket machen eben die Kapitalisten. In Zahlen ausgedrückt: 27 Milliarden Mark.

Scheel und Carstens — Exmitglieder der NSDAP

Vergangenheitsbewältigung nach Bonner Art

In Bonn läuft gegenwärtig auf Hochtouren das Gerangel um das sogenannte höchste Amt der Republik, den Posten des Bundespräsidenten. Die Parteien der Regierungskoalition, SPD und FDP, möchten Scheel zu einer weiteren Amtsperiode verhelfen. Die CDU jedoch, die in der Bundesversammlung, dem Wahlgremium, über die Mehrheit verfügt, will einen eigenen Kandidaten präsentieren. Einziger Bewerber dafür ist augenblicklich der jetzige Bundestagspräsident Carstens.

Sicher haben diese beiden Herren, trotz allem Wahlspektakel, das jetzt schon veranstaltet wird, vieles gemeinsam. Und eine ihrer Gemeinsamkeiten machte in den letzten Wochen Schlagzeilen. Die zur Wahl stehenden Herren gehörten beide der Nazipartei, der NSDAP, an. Zudem leiden beide auch noch an der gleichen Krankheit, der filbingerschen Gedächtnisschwäche nämlich: sie können sich an nichts erinnern. Scheel weiß nicht mehr, ob er die Mitgliedschaft in der NSDAP selbst beantragt hat oder nicht. Carstens kann sich „nicht genau" erinnern, was er als Mitglied der Nazipartei eigentlich getrieben hat.

Immerhin ist inzwischen auch bekanntgeworden, wo der Tätigkeitsbereich dieses Mannes lag, der vielleicht der nächste Bundespräsident sein wird. Carstens war nämlich bei einem Kriegs- oder Feldgericht in Bremen tätig. („Ich habe da so dunkle Erinnerungen.") Eines jedoch weiß er noch heute ganz genau, daß er nämlich an Todesurteilen nicht mitgewirkt hat. Die ganze Geschichte kommt einem merkwürdig bekannt vor. So hatte es doch bei Carstens Kollegen und Parteifreund, dem „furchtbaren Richter" Filbinger auch angefangen. Bis dann Stück für Stück die Wahrheit ans Tageslicht kam.

„Haust du meinen Nazi, hau ich deinen Nazi"

Unser jetziger Bundespräsident und sein möglicher Nachfolger also beide alte Nazis? Das muß man schon genauer betrachten. Für die Debatte, die innerhalb der Bonner Parteien über die Nazivergangenheit ihrer Spitzenpolitiker läuft, ist doch eines kennzeichnend. Sie verläuft nach dem Motto: „Haust du meinen Nazi, hau ich deinen Nazi." Kaum waren zum Beispiel Einzelheiten über Filbingers Richtertätigkeit bekanntgeworden, da wartete die CDU-nahe Springerpresse mit Geschichten über die Tätigkeit von Kanzler Schmidt als Offizier in Hitlers Armee auf, da erinnerte sich plötzlich ein Mitglied des von der CDU gesteuerten christlichen Gewerkschaftsverbandes daran, daß der DGB-Boss Vetter in Hitlers Jungvolk tätig gewesen ist. Und das gleiche spielte sich jetzt wieder ab. Nur wenige Tage nach der Enthüllung über die NSDAP-Mitgliedschaft des Herrn Carstens konnte die Gegenseite die Meldung über Scheels Vergangenheit präsentieren. Informant war der frühere FDP-Chef und jetzige CDU-Mann Mende, dem diese Tatsache aus dem Vorleben des Bundespräsidenten gerade zu dem Zeitpunkt ins Gedächtnis kam, wo sie von seiner Partei gebraucht wurde.

Für die bürgerlichen Parteien geht es eben nicht darum, mit der schrecklichen Vergangenheit zu brechen und abzurechnen. Für sie sind solche Enthüllungen nur zynische Berechnung in ihrem widerwärtigen Gerangel um Posten, in ihren tausendfältigen Manövern zum Betrug ihrer Wähler. Vollends deutlich wird das an der Tatsache, daß im Falle Carstens nach Angaben der bürgerlichen Presse der Hinweis auf seine Vergangenheit sogar aus den Reihen seiner eigenen Partei gekommen sein soll, ins Spiel gebracht offensichtlich von irgendeinem CDU-Politiker, der sich selbst Hoffnungen auf eine Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten macht.

Und noch etwas ist faul an dem Bonner Spiel der „Vergangenheitsbewältigung": Man kann nicht alle diejenigen, die früher in irgendeiner Naziorganisation als Mitglieder registriert waren, über einen Kamm scheren, wie das bei der gegenseitigen Aufrechnung gemacht wird. Denn solche Mitglieder gab es Millionen, dazu zählen die faschistischen Massenmörder genauso wie opportunistische Mitläufer oder solche Menschen, die in einer Naziorganisation durch Zwang hineingepreßt wurden. Kann man sie alle auf eine Stufe stellen? Den Henker Filbinger mit einem, der nichts weiter war als Mitglied in Hitlers Staatsjugend? Natürlich nicht. Wenn man das tut — und das ist ja auch eine der beabsichtigten Wirkungen bei der Bonner „Vergangenheitsbewältigung" — dann entschuldigt man den Mörder. Dann will man den Eindruck erwecken, es hätten ja alle Dreck am Stecken, und insofern wäre es eh müßig, nach der Schuld und Verantwortung eines jeden Einzelnen zu fragen. Und das paßt den Herren, die jetzt immer lauter nach der Verjährung der Naziverbrechen, der Freisprechung der faschistischen Massenmörder schreien, nur zu gut in den Kram.

„Verdient um den Aufbau unseres Staates"

Für uns ist bei der Beurteilung all der Herren, über deren Vergangenheit jetzt diskutiert wird, außer der Frage, ob sie sich an den Verbrechen der Nazidiktatur beteilgt haben oder nicht, natürlich auch noch ein anderer Gesichtspunkt wichtig. Die Bonner Parteien haben ihn selbst ins Spiel gebracht, als beispielsweise Filbinger dadurch reingewaschen werden sollte, daß man seine „Verdienste um den Aufbau unseres Staates" rühmte. Ja, wie steht es denn mit diesen Verdiensten? Welche Lehren haben sie denn gezogen aus den zwölf Jahren der faschistischen Diktatur? Es gibr ja auch Fälle, daß jemand, der auf Hitlers braune Banden hereingefallen ist, angesichts der Verbrechen des Faschismus die Konsequenzen gezogen und sich zu einem Antifaschisten entwickelt hat.

Die Herren, um deren Vergangenheit gegenwärtig diskutiert wird, sie gehören nicht dazu. Ihre „Verdienste" bestehen in der Wiedererrichtung der Macht der deutschen Monopolbourgeoisie, deren Werkzeug Hitler war. Sie sind es, die heute die Faschisierung des Bonner Staates vorantreiben und ein neues '33 vorbereiten. Und das gilt nicht nur für einen Filbinger, der mehrere Menschenleben auf dem Gewissen hat. Das gilt auch für einen Scheel oder Schmidt, die sich zugute halten, daß sie damals nur Soldaten gewesen sind. Man muß sich nur einmal anhören, mit welcher kaltschnäuzigen Arroganz der Bonner Kanzler in die Diskussion über die Nazivergangenheit eingriff. Wie er die fortschrittliche Jugend, die auf seinen Wahlveranstaltungen ihren Protest gegen die Bonner Politik zum Ausdruck bringt, in dreister Unverschämtheit als „Brüllaffen" abqualifizierte. Und wie er wieder einmal hetzte, die „Brüllaffen" von heute, das wären die Mörder von morgen. Das ist wahrhaftig die Wellenlänge eines Goebbels.

Kalender für 1979 der Gesellschaft der Freunde Albaniens

Jetzt erhältlich!

Postkarten
mit Gemälden und Grafiken
(16 farbige und 11 schwarz-weiße)
Preis 7 DM, Bestellungen an:
GFA-Litvertrieb
Postfach 111605 2000 Hamburg 11

Aus dem Inhalt

Stahlarbeiter wollen konsequent ihre Forderungen durchsetzen 4
RGO unterstützt den Kampf der Stahlwerker 4
VW hat Sorgen: Wohin mit den Milliarden? 5
VW-Werke: Massenprotest gegen Beitragserhöhung 5
Der Profit der VW-Kapitalisten steigt und steigt und steigt... 5
Das Beispiel Kontny/Gunzenhausen 6
NPD-Parteitag in Arolsen 6
Bonner Geheimdienst als Posträuber 7
Doppelmitgliedschaft in SPD und HIAG 7
Volkskorrespondenzen:
Gefängnis, Irrenanstalt, Arbeitshaus in einem 8
Polizei sucht mehr Nähe zum Bürger 8
Albanien: Wahlen zur Volksversammlung 9
Iran: Die ganze Armee ist gegen das Volk mobilisiert 10
Supermächte: Atomare Rüstung wird vorangetrieben 10

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund, Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Offen gesagt ...

Wie der Herr, so's Gescherr!

Sein Handwerkszeug war die Maschinenpistole. Er wachte über die angeblich freieste Gesellschaftsordnung, die je auf deutschem Boden bestanden habe. Er gehörte zu den Männern, denen die Bonner Spitzenpolitiker bei gewissen Gelegenheiten mit markig-männlichen Worten ihren Dank aussprechen. Er war Polizeimeister, Mitglied eines Kölner Spezialeinsatzkommandos, und seine Aufgabe war die Terroristenjagd.

Nach Dienstschluß jedoch nahm dieser Polizeimeister seine Dienst-MP, steigt in seinen Dienstwagen und überfiel einen Supermarkt. Er erbeutete 270 Mark, wurde jedoch gefaßt. Die Affäre war seinem Dienstherrn peinlich. Peinlicher wurde es noch, als Einzelheiten aus dem Vorleben des Polizeimeisters bekannt wurden. Er war ein vorbestrafter Mörder. Im Alter von 15 Jahren hatte er mit einem bei einem Einbruch erbeuteten Kleinkalibergewehr einen 60jährigen Mann erschossen. Er verbüßte eine Jugendstrafe, und 1972 fragte keiner mehr danach: er wurde Polizist.

Wäre er vor zehn Jahren bei einer Demonstration der APO festgenommen worden, oder hätte er damals ein Protestflugblatt gegen den Vietnamkrieg unterzeichnet — er wäre mit Sicherheit nicht in den Polizeidienst gekommen. Aber ein gewöhnlicher Mord! Je nun! Der war doch längst aus den Akten getilgt!

So spektakulär, wie uns die Herren glauben machen wollen, ist der Fall des Polizeimeisters tatsächlich nicht. Es ist bekannt, daß in der westdeutschen Polizei sich Nazis, Kriegsverbrecher, KZ-Folterer und SS-Terroristen aufs beste bewährten. Das Gesamtbild wurde weiter durch eine bis heute nicht abgerissene Folge von Skandalen um Diebe, Räuber, Raubmörder, Zuhälter, Saufbolde, Schläger, Totschläger, Kinderschänder, Vergewaltiger, Rauschgifthändler, Erpresser, Hehler und dergleichen mehr bereichert.

Was aber zieht diese Banditen so unwiderstehlich an? Was zieht sie in die Reihen der bewaffneten Organe der Inneren Sicherheit dieses Staats? Ist es dessen spezielle Aufgabe — Schutz des zusammengerafften kapitalistischen Eigentums, Schutz des Systems der Ausplünderung der werktätigen Massen? — Oder läßt sich der Sachverhalt gar mit dem alten Sprichwort fassen: Wie der Herr, so's Gescherr!?

Aus verständlichen juristischen Gründen muß die Antwort unterbleiben.

Aktion der „Heiminitiative Tempelstraße"

Jugendhilfetag in Köln
Nicht im Sinne des Erfinders

Vom 9. bis zum 11. November fand in Köln der 6. Deutsche Jugendhilfetag statt. Die verschiedenen Veranstaltungen dieser drei Tage wurden von weit über 10.000 Menschen — Sozialarbeitern, Erziehern, vor allem aber Jugendlichen — besucht. In den Diskussionen kam die Empörung über die offizielle Jugendpolitik, besonders der Reformvorhaben der Regierung, über die Situation der Sozialarbeit, über die katastrophale Lage eines großen Teils der Jugend, zum Audruck. Der Kölner Jugendhilfetag blieb allerdings der bundesdeutschen Öffentlichkeit weitgehend verborgen; die bürgerliche Presse berichtete darüber nicht. Er war, in seinem Ablauf und in seinen Ergebnissen, ein den Herren zu unangenehmes Ereignis.

Dabei war dieser Jugendhilfetag von hochoffiziellen Stellen und Verbänden organisiert worden, den Landesjugendministern, den Landesjugendämtern, den Wohlfahrtsverbänden, dem Deutschen Bundesjugendring und anderen, die in der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) zusammengeschlossen sind. Frühere Jugendhilfetage waren unter dem Einfluß der Studentenbewegung schon zunehmend dem Einfluß dieser Herrschaften entglitten. Der letzte war 1974 unter dem Vorwand der drohenden Unterwanderung durch oppositionelle Gruppen gar abgesagt worden. 1978 nun hatte es die AGJ noch einmal versucht — und scheiterte.

„Antje Huber in den Jugendhilfezuber!" Mit diesem Ruf wurde die Bundesfamilienministerin auf der Eröffnungsveranstaltung am 9. November empfangen. Mit ihrer Rede kam die Huber nicht weit. Transparente wurden entrollt, Sprechchöre forderten: „Weg mit den Berufsverboten!" Die Bonner Politikerin mußte unverrichteter Dinge abtreten; sie machte Platz für die Diskussion der wirklichen Probleme, die nun begann. Dieser Vorfall kennzeichnet gut die oppositionelle und oft kämpferische Stimmung, die die Veranstaltungen des Jugendhilfetages beherrschte.

Es waren vor allem praktische Fälle, die auf den Tisch gebracht wurden. In der Veranstaltung „Zustand und Veränderungsmöglichkeiten der Heimerziehung" zum Beispiel kamen die Zustände in den Mädchenheimen Tempelstraße in Köln und Birkenhof in Hannover zur Sprachen. In mehreren Redebeiträgen, einem Diavortrag, verschiedenen Theaterszenen stellten betroffene Jugendliche mit Unterstützung von Erziehern und Sozialarbeitern ihre Erfahrungen dar. Unter dem Deckmantel christlicher Nächstenliebe — die Trägerschaft dieser Heime hat das evangelische Diakonische Werk — werden in diesen Heimen die Mädchen eingesperrt, überwacht, schikaniert und mißhandelt; von Januar bis März 1978 gab es allein im Mädchenheim Tempelstraße vier Selbstmordversuche.

Der Saal, in dem die Veranstaltung stattfand, war total überfüllt. Die Versammlung stellte konkrete Forderungen auf wie die nach sofortiger Abschaffung jeglicher geschlossener Unterbringung, nach Abschaffung der Postzensur, nach freier Besuchsregelung, nach freier Berufswahl, nach freier Arztwahl usw. Unter den Teilnehmern der Veranstaltung war die Empörung so groß, daß anschließend rund 300 von ihnen zu einer spontanen Besichtigung des Mädchenheims Tempelstraße aufbrachen.

In einer anderen Veranstaltung „Zur Situation der offenen Jugendarbeit" wandten sich die 2.000 Teilnehmer gegen die geplante Einführung von Jugendpolizisten in Köln. Sie verabschiedeten eine Erklärung mit folgendem Wortlaut: „Wir erklären hier klar und deutlich, daß wir gegen jede Bespitzelung und Schikane der Kölner Jugendlichen durch die Polizei sind, insbesondere durch die Einführung von Jugendpolizisten und neuen Karteien. Wir fordern, daß Sozialarbeiter nicht gezwungen werden können, mit der Polizei gemeinsame Sache zu machen. Wir fordern, daß die Gelder zur Einrichtung der Jugendpolizei für selbstverwaltete Jugendzentren verwendet werden. Weg mit der Jugendpolizei in Köln und der ganzen BRD! Schweigepflicht für Sozialarbeiter!" — Gegen die Einführung der Jugendpolizei fand außerdem am letzten Tag der Veranstaltungsreihe eine Demonstration durch die Kölner Innenstadt statt.

Die Einrichtung von Jugendpolizisten ist nur ein Teil des Jugenhilfe-„reform"werkes, das die Bundesregierung beabsichtigt und das auf dem Kölner Treffen auf breite und heftige Ablehnung stieß. Die Tagungsteilnehmer kritisierten vor allem den neuen Kabinettsentwurf des Jugendhilfegesetzes, der die Zustände zementieren bzw. verschärfen und die Rechte der Jugendlichen weiter beschneiden soll. In einer auf der Veranstaltung „Alltagsprobleme der Jugendhilfe und Reformtendenzen" verabschiedeten Resolution wurde vor allem von den Möglichkeiten zum Freiheitsentzug für Jugendliche gewarnt, die das Gesetz unter den Stichworten „Notmaßnahmen bei Gefahr in einer Einrichtung" und „zur Abwendung einer Gefahr erforderlich" vorsieht. Weiter wurde die in dem Entwurf enthaltene ungleiche Behandlung von deutschen und ausländischen Jugendlichen, die Vorbereitung von Jugendzwangsarbeit unter dem Deckmantel der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die Möglichkeit der Eingliederung der Jugendpolizei in die Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Stellen und Einrichtungen und anderes angeprangert.

Die Teilnehmer des Jugendhilfetages befaßten sich auch mit der Lage der Sozialarbeiter in der Bundesrepublik. Dabei stand jedoch nicht so sehr die materielle Situation der Sozialarbeiter, als vielmehr ihre oft miserablen Arbeitsumstände im Vordergrund. Die vom kapitalistischen System erzeugte katastrophale Lage großer Teile der Jugend, die sich in Arbeitslosigkeit, dem Mangel an Perspektive, aber auch in Alkohol- und Drogenkonsum und Kriminalität ausdrückt, stellt den Sozialarbeiter vor kaum lösbare Aufgaben. Dabei wird vom Staat und den sogenannten Freien Trägern das notwendige persönliche und politische Engagement der Sozialarbeiter und ihre Kritik an den Zuständen zunehmend unterdrückt. Auch in diesem Bereich nehmen die bürokratischen Kontrollen, politischen Überprüfungen, schwarzen Listen und Berufsverbote zu.

Weitere Themen auf dem Jugendhilfetag waren die Jugendarbeitslosigkeit, die Situation in der Schule, in den Kindergärten, die Probleme von Ausländerkindern und anderes. Ein Rahmenprogramm rundete den Jugendhilfetag ab. Besonderen Anklang fanden Gruppen wie die „Schmetterlinge" oder das Kindertheater „Rote Grütze". An den drei Tagen fand jeweils ab 9 Uhr ein „Markt der Jugendhilfe" statt. Hier konnten Jugendgruppen und -organisationen unzensiert ausstellen und informieren. Auch die Rote Garde war mit einem Stand vertreten.

Der 6. Jugendhilfetag, der gewiß nicht im Sinne der offiziellen Jugendpolitik verlaufen ist, hat einiges ins Rollen gebracht — das war die Meinung vieler Teilnehmer. Es gilt, die Ansätze weiterzuentwickeln und die Arbeit zu intensivieren.

Gegen Jugendarbeitslosigkeit
Über 3.000 demonstrierten in Mainz

Die wachsende Jugendarbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz und die dadurch sich ausbreitende Unruhe unter der Jugend haben den DGB veranlaßt, zu einer Demonstration gegen die Jugendarbeitslosigkeit aufzurufen. Über 3.000 Jugendliche kamen und demonstrierten ihre Entschlossenheit, für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu kämpfen. Die jungen Kollegen forderten Arbeitsplätze und Lehrstellen.

Diese Forderungen sind in Rheinland-Pfalz besonders berechtigt, wenn man bedenkt, daß hier im Oktober 6.049 Jugendliche unter 20 Jahren arbeitslos waren. Aber das ist nur eine offizielle Zahl; selbst der DGB-Vorstand nimmt weitaus krassere Verhältnisse an. Zudem wollen die Kapitalisten bei VFW-Fokker in Speyer und bei der Aluminiumhütte in Ludwigshafen weitere Arbeitsplätze vernichten. Von besonderer Bedeutung ist es deshalb, daß Betriebsräte und Delegationen aus diesen Betrieben an der Demonstration teilnahmen und die Forderungen unterstützten.

Schüler, Eltern, Lehrer demonstrieren für den Vater ihrer Mitschüler

Rund 700 Schüler, unterstützt von ihren Eltern und von Lehrern der Gesamtschule und des Gymnasiums Holweide in Köln, demonstrierten am 14. 11. in einem Schweigemarsch zur uruguayischen Botschaft in Bad Godesberg und hielten dort eine Protestkundgebung ab. Sie forderten die Freilassung des 44jährigen Diplom-Volkswirtes David Campora, der seit fünf Jahren von der faschistischen Diktatur in einem Militärlager Uruguays festgehalten und gefoltert wird.

Deutsche Polizisten stoppen den Demonstrationszug mit Gewalt 50 Meter vor der Botschaft.

An der Demonstration nahm auch Olga Campora, die Frau, sowie ihre drei Kinder Silvia (16), Jorge (14) und Pablo (12) teil, die seit fünf Jahren im Exil in Köln leben. Daß sich die deutschen Mitschüler der drei uruguayischen Kinder zu einem solchen Kampfschritt bereitgefunden haben, ist ein beispielhafter Akt der internationalen Solidarität. Sogleich kam in dieser Demonstration aber auch der Haß der Kölner Bevölkerung gegen den Faschismus zum Ausdruck.

Die Protestrufe vor der Botschaft fanden leider nicht ihren Adressaten, denn der Botschafter Uruguays hatte es vorgezogen zu verreisen. Aber noch jemand anders verhinderte, daß die Rufe überhaupt in der Botschaft zu hören waren: die Polizei. 50 Meter vor der Botschaft wurden die Demonstranten gewaltsam von einem Polizeiaufgebot und spanischen Reitern aufgehalten. Hier hat so mancher der Teilnehmer ein anschauliches Bild davon gewonnen, wie die Bundesregierung mit faschistischen Regimen zusammenarbeitet.

In dieser Situation entblödete sich die ehemalige SPD-Familienministerin Dr. Katharina Focke nicht zu sagen, daß die Demonstration ein bewegender Akt menschlicher Anteilnahme sei und **daß man nun auf eine ebenso menschliche Antwort hoffe.** Glaubt diese Frau denn, das Herz der Faschistenclique in Montevideo rühren zu können? Ganz sicher glaubt sie das nicht. Diese Äußerung diente nur dazu, die Empörung der Demonstranten zu besänftigen und sie von weiteren Aktionen abzuhalten. Die Demonstranten aber sind gut beraten, wenn sie sich im Kampf auf die Stärke ihrer Solidarität und ihren Kampfgeist stützen und weitere Aktionen unternehmen, bis David Campora endlich freigelassen worden ist.

Sofortige Freilassung von David Campora! Solidarität mit den Opfern der faschistischen Diktatur in Uruguay!

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Duisburg: Kollegen von Mannesmann-Huckingen hatten sich selbst diese Streikparole angefertigt. Im Hintergrund ein Transparent der RGO.

Düsseldorf: In Düsseldorf demonstrierten insgesamt 6.000 Kollegen von den Mannesmann-Betrieben und von dem Stahlbetrieb Böhler.

Aufmarsch der Stahlarbeiter zeigt:

Kollegen wollen konsequent ihre Forderungen durchsetzen

„Wir Stahlarbeiter sind es leid — herunter mit der Arbeitszeit!" „Zwei Prozent, das ist ein Hohn — Zimmermann, wir kommen schon!" So lauteten Parolen, die die demonstrierenden Stahlarbeiter in Duisburg riefen.

Die starke Beteiligung an den Arbeitsniederlegungen, Protestmärschen und Kundgebungen in der Stahlindustrie am vergangenen Freitag sind ein Signal. Das Faß ist langsam bis zum Überlaufen voll! Die rücksichtslose Abwälzung der Lasten der Krise durch die Stahlkapitalisten, der Abbau der Realeinkommen, den die Stahlwerker infolge der niedrigen Tarifabschlüsse der letzten Jahre hinnehmen mußten, die Rationalisierungsfeldzüge, die Umsetzungen, Abgruppierungen, Entlassungen und die skrupellose Arbeitsplatzvernichtung — all das ließ eine tiefgehende Unruhe, eine wachsende Empörung in den Hüttenwerken entstehen. So sehr die Bosse unter schamloser Ausnutzung der Krisensituation auch den Druck und die Disziplinierungsmaßnahmen gegen die Belegschaften verschärft haben, in der Hoffnung, ein Klima der Angst zu schaffen — die Kampfbereitschaft ist trotz allem immer stärker angewachsen.

Die Stahlwerker lassen sich nicht mehr in die Resignation drängen. Sie rühren sich zunehmend. Sie wollen nicht länger stillhalten, wollen die Faust nicht mehr nur in der Tasche ballen. Sie sehen die Notwendigkeit, durch konsequente Kampfmaßnahmen den Stahlbaronen einzuheizen, ihnen endlich zu beweisen, daß die alte Losung der Arbeiterbewegung nach wie vor lebendig ist: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!"

Die Stahlwerker wollen sich in der Tat nicht mehr mit Almosen abspeisen lassen. Sie haben es wahrhaftig nicht nötig, sich von den Herren Stahlbaronen wie die Bettler behandeln zu lassen. Herr Loderer hatte da völlig recht, als er dies auf der Kundgebung der Dortmunder Stahlwerker am letzten Freitag ausrief und dafür starken Beifall bekam. Nur sind es doch gerade die Loderer und Co., ist es der IGM-Apparat selbst, der dafür verantwortlich ist, daß seit den Nachkriegsjahren kein gewerkschaftlich organisierter Massenstreik der Stahlwerker mehr stattgefunden hat. Sie haben doch die Stahlwerker in die Rolle des Bettlers zu drängen versucht! Und als es dann doch zu Streiks kam, zu den sogenannten wilden Streiks 1969 und 1973, da waren es die IGM-Bonzen, die keine größere Sorge hatten als die, wie man die Stahlarbeiter schnellstmöglich wieder an die Arbeitsplätze bringen kann.

Wenn auf den Kundgebungen vom letzten Freitag seitens der IGM-Führer radikale Töne zu hören waren, wie in dieser Anhäufung und Lautstärke noch kaum zuvor in den vergangenen Jahren, dann liegt das einfach daran, daß die Stimmung unter den Arbeitern den Herren „Arbeitnehmervertretern" dies faktisch ratsam erscheinen läßt. Und prompt waren es gerade die radikalen Stellen in den Kundgebungsreden, an denen Beifall aufbrandete. Dies trotz berechtigter Skepsis, trotz des nicht zu übersehenden Mißtrauens gegenüber den Absichten der Gewerkschaftsführung unter den Kollegen. Zu oft haben die Stahlwerker die Erfahrung machen müssen, daß der DGB-Apparat ihre Interessen verraten hat.

Die Gewerkschaftsführer verfolgen selbstverständlich nach wie vor ihre arbeiterfeindliche und verräterische Politik der Klassenversöhnung. Schon allein die viel zu niedrige 5-Prozent-Forderung sollte allen Illusionen in dieser Hinsicht den Boden entziehen. Und Loderer kann noch so sehr betonen, gegen die ungeheuren Arbeitsplatzvernichtungspläne der Stahlkonzerne sei eine Verkürzung der Arbeitszeit dringend geboten — von seiner realen Politik kann er damit nicht ablenken. Er und seine Mitbonzen reden schon jetzt nur von „Einstieg" in die 35-Stunden-Woche. Sie geben zudem bereits zu erkennen, daß sie nicht an einer wirklichen Verkürzung der Wochenarbeitszeit festhalten, sondern daß sie den faulen Kompromiß mit einigen zusätzlichen Freischichten anpeilen.

Die Stahlarbeiter jedoch sind sich nur zu gut darüber im klaren, daß damit gegen den Rationalisierungsterror nicht anzukommen ist. Die Kapitalisten können solche zusätzlichen Freischichten zu leicht durch verschärfte Arbeitshetze wieder ausgleichen. Dadurch wird der Arbeitsplatzvernichtung kein Riegel vorgeschoben. Und wenn man dann dafür auch noch mit Abstrichen bei der Lohnerhöhung bezahlen muß, fragt man sich doch ernsthaft, ob man da überhaupt besser dran ist als zuvor!

Die Stahlwerker fordern deshalb: Volle Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Keinerlei Abstriche von den 5 Prozent! Dafür muß der Vollstreik im ganzen Tarifbezirk organisiert werden!

RGO unterstützt den Kampf der Stahlwerker

In vielen Betrieben haben die Kollegen in den Abteilungen selbständig diskutiert, was sie selbst zu einer möglichst erfolgreichen Durchführung der Aktion beitragen können. Was zum Beispiel zu tun ist, um in der Flüssigkeitsphase der Stahlproduktion zu garantieren, daß die Arbeit (abgesehen vom Notdienst) tatsächlich niedergelegt wird. Dazu mußten beispielsweise die Öfen rechtzeitig heruntergefahren werden. Denn aus den technischen Besonderheiten der Stahlherstellung, die in vollkontinuierlicher Arbeitsweise erfolgt, ergeben sich bestimmte Probleme.

Die Hüttenbosse versuchten das in einigen Betrieben auszunutzen, um eine Arbeitsniederlegung zu verhindern. Sie versuchten zum Beispiel bei Hoesch die Frühschichtler zu zwingen, an der Arbeit zu bleiben, bis ihre Schichtzeit abgelaufen ist. Und sie wollten die Spätschichtler daran hindern, sich an der Kampfaktion zu beteiligen. Daß trotzdem in vielen Fällen auch in der Flüssigkeitsphase gestreikt wurde, ist nicht zuletzt auf die selbständige Aktivität vieler Stahlarbeiter zurückzuführen. Auch die RGO-Kollegen in den Stahlwerken haben sich konsequent für die Durchsetzung des Streiks eingesetzt und dafür, daß in den einzelnen Abteilungen geschlossen zum Aufstellungsort der Demonstration marschiert wurde.

Es gab auch Abteilungen, wo die Kollegen selbständig Spruchbänder und Trageschilder anfertigten, damit die Demonstration den nötigen kämpferischen Charakter erhielt und die Forderungen der Kollegen zum Ausdruck gebracht wurden. Zum Beispiel bei Mannesmann-Huckingen fertigten Kollegen einer Abteilung Umhängeschilder mit den verschiedenen Buchstaben an, die zusammen das Wort „Streik" ergeben. Und sie marschierten mit dieser „lebendigen" Parole in der Demonstration mit.

Die RGO unterstützte die Kampfaktion nicht zuletzt mit Flugblättern und Plakaten. Ein RGO-Flugblatt mit der Überschrift „Stimmt geschlossen für Streik! Auf zu den Kundgebungen und Protestmärschen am Freitag!" wurde in einer Auflage von rund 20.000 vor vielen Stahlbetrieben und auch während der Demonstration verteilt. Ein Plakat der RGO, das an vielen Hüttenwerken und in den Wohnvierteln der Stahlwerker zu sehen ist, propagiert den Streik für die Durchsetzung der Forderungen nach 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und mindestens 5 Prozent mehr Lohn.

Interview

Sogenannter Bettenberg: „Unfaßbare Verdrehung"

Fortsetzung von Seite 1

brecherische Angriff auf die Krankenversorgung schon seit Monaten durch die zynischen Lügenmärchen vom angeblichen „Bettenberg" und der angeblichen „Ärzteschwemme" vorbereitet. Kürzlich führte der zuständige Bundestagsausschuß in Bonn nun eine „öffentliche Anhörung" zu dieser Gesetzesänderung durch. Dabei sprachen sich die Spitzenverbände der Krankenkassen und die als ultrareaktionär berüchtigte Ärztekammer nachhaltig für die geplanten Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen aus. Die Krankenkassen-Spitzenverbände verlangen zudem ein direktes Mitwirkungsrecht bei der Krankenhausbedarfsplanung und bei der Festsetzung der Pflegesätze. Sie wollen selbst für besonders radikale Einschränkung sorgen, damit sie ihre Versicherungsleistungen senken können. Und das, obwohl bekannt ist, daß die Krankenkassen in diesem Jahr Milliardengewinne zu verzeichnen haben.

Und man sollte es nicht glauben: Auch die DGB-Spitzen unterstützen den neuerlichen Angriff auf die Krankenversorgung. Angesichts der Tatsache, daß gerade die Arbeiterklasse und das werktätige Volk unter der weiteren Verschlechterung der Krankenversorgung schwer zu leiden haben, ist das ein bodenloser Zynismus der sogenannten Arbeitnehmervertreter. Und ihre Haltung ist auch deshalb der nackte Hohn, weil gegenwärtig das Pflegepersonal und der fortschrittliche Teil der Krankenhausärzte (insbesondere auch die gewerkschaftlich organisierten Werktätigen im Krankenhauswesen), einen mutigen Kampf entfalten gegen die unhaltbaren Zustände in den Krankenhäusern, gegen die Bettenstreichungen und Sparmaßnahmen, gegen den Rationalisierungsterror und für eine bessere Versorgung der Patienten.

Der „Rote Morgen" sprach über die Zustände an den Krankenhäusern mit der Stationsärztin Monika G., die an einem Krankenhaus im Ruhrgebiet beschäftigt ist (Name geänd., d. Red.).

RM: Wie siehst du von deinen Erfahrungen her die geplanten Rationalisierungs- und Einsparungsmaßnahmen im Krankenhausbereich?

Monika G.: Ich habe bereits an verschiedenen Krankenhäusern im Ruhrgebiet gearbeitet. In jedem Dienst habe ich immer wieder ähnliche Erfahrungen gemacht. Patienten müssen wegen Überbelegung abgewiesen werden. Nicht selten hat das tödliche Folgen. Immer wieder habe ich erlebt, daß Kranke, die um Aufnahme anfragten, erzählten, sie hätten bereits in zehn Krankenhäusern angerufen und seien abgewiesen worden. Oft kümmern sich nämlich die Hausärzte, die die Überweisung schreiben, nicht darum, daß der Patient ein Bett bekommt. Die Tendenz ist im übrigen so, daß solche Patienten, bei denen längere Liegezeiten zu erwarten sind, besonders wenig Chancen haben, aufgenommen zu werden; daß nur Patienten mit voraussichtlich kurzen Liegezeiten aufgenommen werden. Das ergibt sich aus den egoistischen wirtschaftlichen Interessen des einzelnen Krankenhauses und aus ihrem Konkurrenzkampf, letztlich also aus dem Druck, den die sogenannte Kostendämpfung und das „Wirtschaftlichkeitsprinzip" hervorruft.

Besonders schlimm ist es, daß gerade die Überwachungsstationen, in die die akut gefährdeten Kranken (zum Beispiel mit Herzinfarkten) eingewiesen werden müssen, ständig total überbelegt sind. So fehlt es dann an genügend Überwachungsgeräten (zum Beispiel Herzüberwachung) und an genügend ausgebildetem Personal auf diesen Stationen. Eine angemessene Behandlung ist überhaupt nicht möglich. Vielen Patienten kosten diese Zustände das Leben.

In vielen kleinen Krankenhäusern kann in der Regel nach 20 Uhr keine Röntgenaufnahme, keine Laboruntersuchung und kein EKG mehr gemacht werden. Die medizinisch-technischen Assistenten müssen dann extra von zu Hause hertelephoniert werden. Das ist ein völlig unhaltbarer Zustand.

Das Gerede vom angeblichen Bettenberg ist eine unfaßbare Verdrehung der Tatsachen. Ich möchte nur einmal ein typisches Beispiel nennen: Eine Frau brachte ihren 70jährigen Mann zu mir auf die Station. Sie berichtete: Seit zwei Tagen bekam der Mann kaum mehr Luft und hatte Herzschmerzen. Aber zwei Tage lang gelang es ihr trotz Überweisungsschein nicht, eine Aufnahme in einem Krankenhaus zu erreichen. Als der Mann in meiner Station dann endlich aufgenommen wurde, war er nicht mehr zu retten. Er starb wenige Minuten nach der Einlieferung.

RM: Was sagst du zur Haltung der Ärztekammer?

Monika G.: Die Funktionäre der Ärztekammer sind unglaublich reaktionär. Sie haben nur das eine im Sinn — dafür zu sorgen, daß die enormen Einkommen der Spitzenverdiener unter den Ärzten und deren Privilegien nicht geschmälert werden. Über die Interessen der Patienten und die Notwendigkeit einer annehmbaren Krankenversorgung für die werktätigen Menschen gehen sie völlig rücksichtslos hinweg. Auf der anderen Seite sprechen diese Herren keineswegs für alle Ärzte. Ich selbst habe viele Assistenzärzte kennengelernt, die empört sind über die Zustände und über die Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen an den Krankenhäusern, weil sie selbst tagtäglich damit konfrontiert sind. Viele dieser Kollegen sind im BGÄ (Bund gewerkschaftlich organisierter Ärzte in der ÖTV) organisiert, und sie engagieren sich für eine bessere Krankenversorgung, gegen die Bettenstreichungen und Rationalisierungen in den Krankenhäusern.

VW hat Sorgen: Wohin mit den Milliarden?

Die VW-Bosse haben große Geldsorgen. Es geht immerhin um runde sechs Milliarden Mark. Diese Summe hat der Automobilgigant nämlich als Überschuß in der Kasse. Kein Wunder, denn in den letzten Jahren haben die VW-Kapitalisten geradezu sagenhafte Profite aus den weltweit knapp 200.000 Beschäftigten ihres Konzerns herausgepreßt.

Aber Geld allein macht bekanntlich noch nicht glücklich, vor allem wenn man solch eine Menge davon hat. Da erhebt sich nämlich drohend die Frage: wohin damit?? Seit Monaten sind die VW-Herren auf der Suche nach „geeigneten" Möglichkeiten, ihre überschüssigen Milliarden so gewinnbringend wie möglich anzulegen.

Beim GHH-Konzern (Gute-Hoffnungs-Hütte) mit seiner Tochtergesellschaft MAN wäre VW gerne eingestiegen. Jedoch scheiterte die Ehe daran, daß die Großaktionäre Haniel, Allianz und Commerzbank kein grünes Licht für eine VW-Beteiligung gaben. Jetzt scheint VW-Chef Schmücker endlich einen Freier gefunden zu haben: den Paderborner Computerhersteller Nixdorf Computer AG. Der Alleinherrscher über das Unternehmen, Heinz Nixdorf, ist offenkundig bereit, 50 Prozent des Aktienkapitals seines Konzerns an VW zu verkaufen.

Die Nixdorf Computer AG wirkt gegenüber VW allerdings wie ein Zwerg. Für dieses Jahr erwartet die Firma einen Umsatz von knapp einer Milliarde Mark, während VW etwa 26 Milliarden erreichen wird. Die Hälfte der Nixdorf-Aktien würden eine halbe Milliarde kosten. Das „Handelsblatt" schreibt dazu, diese Beteiligung könne für VW bei der Unterbringung seiner Milliardenüberschüsse nur ein Einstieg sein, die VW-Bosse könnten die halbe Milliarde „sozusagen aus der Westentasche bezahlen".

Die Beteiligung bei der Nixdorf Computer AG ist jedenfalls sehr profitversprechend. Als Computerhersteller liegt das Unternehmen zwar hinter IBM und Siemens mit weitem Abstand erst an dritter Stelle auf dem deutschen Markt, bei Kleincomputern und Terminals allerdings ist Nixdorf der größte. Hier hat die Firma einen beispiellosen Aufstieg hinter sich, und man will sich noch weit stärker auf diesem expansiven Markt ausbreiten. Die Ehe mit VW würde die dazu notwendige Aufstockung des Kapitals ermöglichen.

Ihre Geldsorgen sind die VW-Kapitalisten bei ihrem Einstieg in das Kleincomputergeschäft allerdings noch längst nicht los. Da warten dann immer noch fünfeinhalb Milliarden darauf, investiert zu werden. Zumal der goldene Strom der Profite ja ununterbrochen weiter in die VW-Kassen flutet. Man könnte nun allerdings einwenden, die Milliarden soll man doch denen zugute kommen lassen, die sie in den VW-Knochenmühlen erarbeitet haben: den Arbeitern und kleinen Angestellten. Sie könnten doch einen besseren Lohn wirklich brauchen, gerade auch die VW-Arbeiter in den sogenannten „Billiglohnländern". Zum Beispiel verdienen die meisten Kollegen bei VW do Brasil nicht mehr als 240 bis 400 Mark im Monat.

Man könnte mit den Milliarden auch leicht die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für die VW-Beschäftigten einführen. Statt Sonderschichten zu verfahren, könnte man Arbeitslose einstellen. Oder man könnte die Preise für VW-Autos drastisch senken. Oder der Bonner Staat, der den größten Teil des VW-Kapitals besitzt, könnte die Milliardenprofite verwenden, um mehr Kindergärten, mehr Schulen zu bauen, bzw. um andere soziale Probleme zu lösen. Und und und...

Die Sache hat nur leider einen kleinen Haken, der solche Vorschläge in den Bereich frommer Wünsche verweist: Wir leben hier in einem kapitalistischen System, und auch der Bonner Staat ist ein kapitalistischer Staat. Und im Kapitalismus dient das Schaffen der Werktätigen keineswegs der Verbesserung ihrer Lage, sondern der Profitmaximierung. Da können sich die Milliarden noch so anhäufen, freiwillig, ohne durch den Kampf der Arbeiter gezwungen zu werden, rücken die Konzernherren und die Regierung keinen einzigen Pfennig für soziale Zwecke heraus.

Profit der VW-Kapitalisten

Er steigt und steigt und steigt...

Im Jahr 1975 haben die VW-Bosse 18.500 Beschäftigte entlassen. Von 1973 bis 1976 verringerte der Konzern seine Belegschaft um 21 Prozent. Jeder fünfte Arbeitsplatz wurde vernichtet. Allein in der Bundesrepublik wurden in diesen drei Jahren 27.000 VW-Beschäftigte entlassen. Auf der anderen Seite exportierte VW immer mehr Kapital in das Ausland. In allen Teilen der Welt wurden VW-Produktionsstätten errichtet, vor allem in sogenannten Billiglohnländern. VW-Werke gibt es bislang in Brasilien, Mexiko, Nigeria, Südafrika, Indonesien, den USA, Kenia, Ghana, Belgien und Jugoslawien.

Als 1975 ein zeitweiliger Rückgang der Auto-Konjunktur zu verzeichnen war, nutzten die VW-Bosse die Lage sofort aus, um Massenentlassungen durchzuführen. „Abspecken der Belegschaft" heißt das im Jargon der Bosse. In den frisierten Bilanzen wies VW für das Krisenjahr 1975 zwar einen Verlust aus, jedoch bereits im Jahr darauf, 1976, betrug der ausgewiesene Reingewinn des Konzerns eine Milliarde Mark und hatte damit eine absolute Rekordhöhe erreicht. Der wirkliche Profit (also der Gewinn vor Abzug der Neuinvestitionen, Abschreibungen, Erhöhung der Rücklagen und Pensionsrückstände sowie der Steuern) betrug in Wahrheit bei einem Umsatz von 21,4 Milliarden Mark mindestens 2,5 Milliarden Mark. Im darauffolgenden Jahr, also 1977, konnte VW seinen Umsatz um 12,7 Prozent auf 24,15 Milliarden Mark steigern. Der reale Profit muß 1977 also zumindest wieder die Rekordmarke von 1977 erreicht haben, auch wenn in der Bilanz der Jahresüberschuß nur mit 419 Millionen angegeben wird. Die Halbzeitbilanz für das Jahr 1978 zeigt ein weiteres Anwachsen des Umsatzes und des Profits an: gegenüber 24,15 Milliarden im vergangenen Jahr wird für 1978 ein Umsatz von rund 26 Milliarden erwartet.

Angesichts dieser enormen Profite wird es erklärbar, warum die VW-Kapitalisten zur Zeit einen Finanzüberschuß von sechs Milliarden Mark in der Kasse haben. Die bürgerliche Presse läßt sich in diesen Tagen darüber aus, daß die VW-Bosse große Schwierigkeiten hätten, dieses riesige Kapital in „geeigneter Form" anzulegen. Im „Handelsblatt" wird angedeutet, daß VW sich mit Plänen befaßt, in Japan eine eigene Produktion aufzubauen.

MAN: Durch Lohnabbau eine fette Dividende

Abgruppierungen, Kurzarbeit und Arbeitsplatzvernichtung für die Arbeiter — dagegen eine fette Dividende für die Großaktionäre: so sieht die Bilanz des abgelaufenen Geschäftsjahrs bei der Maschinenfabrik Augsburg Nürnberg AG (MAN) aus.

14 Prozent Dividende wird MAN in diesem Jahr an die Aktionäre (vor allem an Haniel, Commerzbank und Allianzversicherung) ausschütten. Der offiziell abgegebene (das heißt stark heruntermanipulierte) Reingewinn für das Geschäftsjahr 77/78 beläuft sich auf 67,3 Millionen Mark. Gleichzeitig betreiben die MAN-Bosse im Augsburger Stammwerk seit Jahren einen rücksichtslosen Entlassungsfeldzug und einen faktischen Lohnabbau durch Kurzarbeit und Umsetzungen.

Wie wir schon im letzten „Roten Morgen" meldeten, wurden seit 1970 bei MAN in Augsburg 2.659 Arbeitsplätze vernichtet. Das bedeutet, daß die Belegschaft um ein Viertel von 10.100 auf 7.441 „abgebaut" wurde. Bis Mitte nächsten Jahres ist die Vernichtung von weiteren 400 Arbeitsplätzen bereits geplant. Gleichzeitig kauft sich MAN mit 27 Millionen Mark in den USA bei dem Konzern White-Motor ein.

Seit 1975 wird im Augsburger MAN-Werk ständig Kurzarbeit verfahren, wobei die monatliche Ausfallzeit bis zu elf Tage beträgt. Dadurch, sowie durch Versetzungen und Abgruppierungen betreiben die MAN-Bosse einen faktischen Lohnabbau, der bei manchen Kollegen mehrere hundert Mark im Monat ausmacht. Jetzt soll die Modellschreinerei stillgelegt werden. Die Modellschreiner sollen, sofern sie bei MAN bleiben, versetzt und stark abgruppiert werden.

Gegen diesen unverschämten Rationalisierungsangriff haben in der vorletzten Woche 80 Modellschreiner einen halbstündigen Warnstreik durchgeführt.

VW-Werke

Massenprotest gegen Beitragserhöhung

Unter den VW-Arbeitern herrscht große Empörung über die IGM-Bonzen. Wir berichteten bereits im letzten „Roten Morgen" über die Erpressermethoden, die der IGM-Apparat anwendet, um den sogenannten satzungsgemäßen Beitrag — ein Prozent vom Bruttolohn — bis zum 1. 1. 79 durchzusetzen. Nach Angaben, die die Ortsverwaltung der IG Metall selbst machte, sind im Wolfsburger Werk bereits über 1.000 Kollegen aus der IGM ausgetreten.

Viele Kollegen sind zum CMV (Christlicher Metallarbeiter-Verband) übergetreten — nicht etwa, weil sie Sympathien mit der CDU hätten, sondern aus Protest gegen das unverschämte Vorgehen des IGM-Apparats.

Weil in vielen Fällen beide Eheleute bei VW arbeiten, müssen diese nach der neuen Regelung oft zusammen 50 Mark Beitrag bezahlen. Die neue Regelung bedeutet ferner, daß jedes Jahr mit der Erhöhung der Tariflöhne auch der Beitrag steigt. Vor allem aber fragt man sich: Wofür müssen wir eigentlich solch horrende Beiträge bezahlen? Im vergangenen Frühjahr haben die Kollegen bei der Lohntarifrunde spontan gestreikt. In Wolfsburg sogar mehrere Tage lang. Der IGM-Apparat ist den Kollegen aber heimtückisch in den Rücken gefallen. Er hat ihre Forderungen verraten und schloß mit nur 5,9 Prozent ab. Seit 1949 haben die VW-Arbeiter keinen Pfennig Streikgeld erhalten.

Dieses Flugblatt wurde von Kollegen, die sich für den Aufbau der RGO einsetzen, herausgegeben.

Die Krönung der Erpressermethoden der IGM-Bonzen war es, als sie im Zusammenhang mit den Manteltarifverhandlungen, die jetzt gerade geführt wurden, drohten: der neue Manteltarifvertrag gelte diesmal nur für IGM-Mitglieder. Zugleich gaben sie bekannt: Wer sich dagegen wehrt, den erhöhten Beitrag zu bezahlen (das heißt, ihn vom Lohnbüro automatisch abziehen zu lassen), wird ausgeschlossen.

Auch der neue Manteltarifvertrag ist ein Lehrstück dafür, daß die Beiträge keineswegs der „Steigerung der gewerkschaftlichen Kampfkraft" dienen, wie die IGM-Führung demagogisch behauptet. Die Forderung, auf die es angesichts der Rationalisierungsfeldzüge der VW-Bosse vor allem angekommen wäre, nämlich die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, ließen die IGM-Bonzen völlig unter den Tisch fallen. Und das, wo bekannt ist, daß die VW-Kapitalisten solch märchenhafte Profite aus den Belegschaften pressen konnten, daß sie im Geld geradezu schwimmen. Nicht im Traum ist es den IGM-Bonzen eingefallen, die Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes für die Durchsetzung der Forderungen der Arbeiter einzusetzen. Das beweist nur ein weiteres Mal, daß die Gewerkschaftsbeiträge niemals die Mitgliedermassen der IGM stark machen, sondern daß sie im Gegenteil zur Finanzierung einer Streikbruch- und Abwiegelungspolitik dienen. Sie dienen dem Unterhalt eines arbeiterfeindlichen Apparats. Sie werden veruntreut für die fetten Gehälter einer Bonzensippschaft, die mit den Kapitalisten unter einer Decke steckt.

Die Massenaustritte waren nicht die einzige Form des Protestes gegen die „Beitragsaktion". In Halle 25 und anderen Facharbeiterabteilungen des Wolfsburger Werks beispielsweise wurde ein Schreiben von Vertrauensleuten und anderen Kollegen vervielfältigt, in dem es heißt: „Ich zahle weiterhin den alten Beitrag und bleibe Mitglied der IGM!" Und einige Kollegen setzten sich zusammen und berieten über den Aufbau einer RGO-Gruppe bei VW, als dem Weg, der wirklich die Kollegen stark macht. Stark durch die Schmiedung der Arbeitereinheit gegen Bosse und Bonzen! Die Kollegen gaben ein Flugblatt gegen die Beitragserhöhung heraus, das in der Belegschaft zum Teil sehr gut aufgenommen wurde. Die Vorderseite des Flugblattes (siehe Bild) fanden viele Kollegen „treffend".

Angriff auf Rechte arbeitsloser Frauen

Wir berichteten im RM bereits über den berüchtigten „Runderlaß 230", mit dem die Bundesanstalt für Arbeit (BfA) das Recht der Arbeitslosen, sich gegen unzumutbare Stellenangebote zu wehren, brutal einschränkt. Die inhaltlichen Bestimmungen dieses Runderlasses folgen einem Vorstoß zur sogenannten „Erhöhung der Arbeitsbereitschaft bei den Arbeitslosen", den Bundesarbeitsminister Ehrenberg im August dieses Jahres unternommen hat. Am Dienstag dieser Woche will die Bundesregierung über einen Gesetzentwurf zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes beraten, der auf die Entrechtung der Arbeitslosen im Sinne des „Runderlasses 230" zielt und sie gesetzlich untermauern soll. Eine Leserin schrieb uns folgenden interessanten Brief, der einen Aspekt aus dem Runderlaß — Arbeitslose mit bestimmten häuslichen Pflichten betreffend — genauer beleuchtet.

Dieser Runderlaß ist ein besonderer Schlag gegen diejenigen, die neben ihrer Arbeitslosigkeit häusliche Verpflichtungen haben (zum Beispiel Beaufsichtigung von Kindern oder bettlägerigen Eltern usw.). Da heißt es unter Punkt 4, „Zumutbarkeit ungünstigerer Arbeitsbedingungen", daß bereits für die erste Zeit der Arbeitslosigkeit eine ungünstigere Lage der Arbeitszeit zumutbar ist. Man liest leicht über diese Stelle hinweg, weil sie sich relativ harmlos anhört. Sie hat jedoch weitreichende Konsequenzen, falls sie von der Bundesanstalt zukünftig konsequent angewandt wird.

Um die Stelle richtig zu verstehen, muß man wissen, daß eine ganz erhebliche Anzahl von Arbeitslosen und Arbeitssuchenden, insbesondere Frauen, bei der Suche nach Arbeit den Wunsch äußern, eine Gegenschicht zum Ehepartner zu bekommen. Sie sind zumeist darauf angewiesen, weil ansonsten die Versorgung der Kinder gefährdet wäre.

Bisher wurde dieser Wunsch berücksichtigt, weil er nach den Bestimmungen zulässig war, sowohl für den Mann als auch für die Frau. Mit der Veröffentlichung des neuen Runderlasses ändert sich die Situation grundlegend: bei strikter Auslegung der oben angeführten Stelle können Personen mit dem Wunsch nach Gegenschicht (bestimmte Lage der Arbeitszeit) gezwungen werden, Arbeit mit normaler Arbeitszeit anzunehmen. Es wäre dann halt nur eine ungünstigere Lage der Arbeitszeit, die der Arbeitslose ja bereits in der ersten Zeit der Arbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen hat. Wenn sich der oder die Arbeitslose nicht darauf einläßt bzw. einlassen kann, kann die Verfügbarkeit abgesprochen werden. Damit ist die Handhabe gegeben, das Arbeitslosengeld zu streichen.

Genossen, wenn dieser Passus wirklich in Zukunft angewendet werden sollte, würden Tausende von Arbeitslosen, insbesondere Frauen, aus dem Leistungsbezug herausfliegen, sprich: keinen Pfennig mehr vom Arbeitsamt bekommen.

Die Firma Elkont (Kontny) im mittelfränkischen Gunzenhausen ist „nicht nur wegen ihrer Jeans, sondern auch wegen ihrer niedrigen Löhne bekannt". So heißt es im „Roten Boten", der Zeitung der Roten Garde für Gunzenhausen. Wie nun — dank der Fürsorge der Stadtväter — diese Firma zu einem Grundstück kam und es entgegen allen Gesetzen für die Erweiterung des Werkes nutzen konnte, das beschreibt anschaulich ein Artikel aus dem „Roten Boten", den wir im folgenden auszugsweise abdrucken. Das Beispiel Kontny — sicher kein Einzelfall.

„Roter Bote" / Gunzenhausen:

Das Beispiel Kontny

Am 30. 6. 75 stellte Kontny einen Antrag auf Bebauungsgenehmigung durch eine einstöckige Fabrikhalle für ein Grundstück, das damals Kontny noch gar nicht gehörte. Interessant dabei ist, daß der 30. 6. der letzte Tag war, an dem Investitionszuschüsse gewährt worden sind. Man muß sich das einmal vorstellen, da fällt Else Kontny ein, auf Grund und Boden fremder Leute bauen zu wollen, und sie ist sich

ihrer Macht und der Unterstützung der Gunzenhäuser Stadtverwaltung so sicher, daß sie einfach auf Verdacht Bauantrag stellt. Dies allein ist schon eine Frechheit, aber es kommt noch besser.

Denn die beiden Eheleute, denen das Land damals noch gehörte, wollten Frau Kontny ihr Grundstück gar nicht verkaufen. Sie wollten nämlich darauf ein Wohnhaus errichten. Nur, wie gesagt, die Stadtverwaltung läßt doch ihre Unternehmer nicht im

Die Halle (links) wurde unmittelbar neben den Wohnhäusern errichtet

Stich! Was jetzt folgte, war schlicht Erpressung. Forderten doch die Herren Stadtväter von dem Ehepaar für die geplante Verbindung Schlesierstraße/Industriestraße (Tachauerstraße), die das Grundstück berühren sollte, einen Anteil von 150.000 DM! Das konnten die ursprünglichen Besitzer nicht aufbringen und mußten kapitulieren.

So war Else Kontny erst sechs Wochen nach dem Antrag auf Baugenehmigung (und auch Investitionshilfe?) Eigentümer, nämlich am 15. 8. 75, wo der von Herrn Beil (Stadtkämmerer) am 13. 8. 75 geschlossene Kaufvertrag notariell beglaubigt wurde. Die Unternehmerin, wohl selbst überrascht, daß alles so glatt über die Bühne gegangen war, ging nun aufs Ganze.

Sie ließ am 13. 10. 75 durch ihren Planfertiger Keller dem nun zuständigen Landratsamt mitteilen, daß nunmehr zweigeschossig gebaut werden soll. Wie gleichgültig der Stadtverwaltung und Frau Kontny die Interessen der anliegenden Bewohner waren, zeigt, daß die Anwohner erst ein knappes Jahr nach dem Bauantrag, Anfang Mai 76, über das Bauvorhaben der Firma Kontny unterrichtet wurden. Hierbei aber nur einige von ihnen. Schon zwei Wochen vorher, am 18. 4. 76, wurde eine Teilbaugenehmigung erteilt, der am 12. 6. 76 eine weitere und am 16. 7. die endgültige folgte.

Somit wurden die betroffenen Nachbarn vor vollendete Tatsachen gestellt, für die dieser zweigeschossige 82-Meter-Koloß direkt vor ihrem Wohngebiet eine erhebliche Sichtbelästigung darstellt. Außerdem fürchteten sie eine beträchtliche Wertminderung ihrer Anwesen. Die Anwohner beschlossen, sich zu wehren. Sie stellten fest, daß das Bauvorhaben dem gültigen Bebauungsplan Nord-Ost-Gunzenhausen vom 22. 7. 74 und den Baugesetzen ins Gesicht schlug. In dem betreffenden Mischgebiet waren eben nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig, aber keine 82-Meter-Riesen!

Doch was kümmern denn Gesetze solche skrupellosen Ausbeuter, wie es Frau Kontny ist? Gesetze müssen eben nur von kleinen Leuten beachtet werden. So wurde vorerst, von der Stadt gerne geduldet und gesehen, munter drauflos gebaut. Doch am 25. 10. 76 intervenierte die mittelfränkische Regierung und stellte fest, daß das Bauvorhaben tatsächlich den Gesetzen widersprach. Außerdem war die ebenfalls im Bebauungsplan festgelegte Baugrenze überschritten worden. Doch die Liebe der Stadt Gunzenhausen zu Else Kontny ist schier grenzenlos und kann anscheinend Berge versetzen.

In der Stadtratssitzung vom 18. 10. 77 waren es im einzelnen folgende „Berge":

- Änderung des Mischgebietes in ein Gewerbegebiet mit Sonderregelung. Erst dadurch war der 82 Meter lange, zweigeschossige Bau legal!
- Vorverlegung der Bebauungsgrenze.
- Die geplante Verbindung Industriestraße/Schlesierstraße, die die ursprünglichen Besitzer des Geländes noch 150.000 DM gekostet hätte, war plötzlich nicht mehr wichtig. Dieses Vorhaben wurde gänzlich aufgegeben.
- Die zulässige Lärmbelästigung wurde tagsüber auf 60 dD (A) und nachts auf 45 dD (A) erhöht.

Aber auch mit den Anliegern hatte der Stadtrat Mitleid, stellte er immerhin fest, daß die Halle eine Sichtbelästigung für die Nachbarn wäre. Er machte Kontny die Auflage, „als wirksamen Schutz gegen Sichtbelästigung einen 3 Meter breiten Grünstreifen anzulegen und eine entsprechend hohe Bepflanzung" (Zitat: Stadtratssitzung vom 18. 10. 77). Zu gütig! Da haben die Menschen aus der Schlesierstraße erfolglos jede legale Möglichkeit ausgenutzt und gekämpft (zum Beispiel Petitionsausschuß, Gerichte usw.), haben Geld und Zeit investiert, mußten hilflos mit ansehen, wie die Halle täglich wuchs und wurden so gemein abgespeist.

Diese Leute mußten die Erfahrung machen, daß die von ihnen gewählten Vertreter, die Verwaltungen, die Gerichte und die Gesetze nicht auf ihrer Seite stehen, sondern auf der Seite der Kapitalisten. Wir werden immer betrogen sein, wenn wir uns auf diese Herren stützen. Erst wenn wir uns zusammenschließen und gemeinsam revolutionär gegen sie kämpfen, können wir unser Recht erwarten.

Die Kundgebung in Arolsen

Ein Riesenpolizeiaufgebot gegen die antifaschistische Demonstration

NPD-Parteitag in ehemaliger NSDAP-Hochburg

Nazis raus aus Arolsen!

Korrespondenz. Im nordhessischen Bergland, rund 30 Kilometer westlich von Kassel, liegt in friedlicher, waldiger Landschaft das Städtchen Arolsen. Am vergangenen Samstag aber war der Anblick, den Arolsen bot, alles andere als friedlich. In der Stadthalle des Vorortes Mengeringshausen, zwei Kilometer vor Arolsen, hielt die neonazistische NPD ihren Bundesparteitag ab. „Von der Wahlpartei zur Kampfpartei" war das Motto. Ehrengäste waren die Führer nazistischer Banden wie der „Hansabande" aus Hamburg und der „Wehrsportgruppe" aus Nürnberg. Rund um die Stadthalle standen riesige Polizeikräfte, um den Aufmarsch der Faschisten vor dem Protest der Antifaschisten zu schützen.

Nach Aussagen der Bewohner hatte es ein solches Polizeiaufgebot in Arolsen noch nicht gegeben. Schon am Ortseingang fiel die Menge der Polizeifahrzeuge auf. Vor einem Gebäude hantierten Köche hinter Gulaschkanonen, um die uniformierten Verteidiger der Faschisten zu verpflegen. An diesem Samstag hatten die Schulkinder in Arolsen schulfrei; die Schulen wurden gebraucht, um die 1.500 eingesetzten Polizisten unterzubringen.

Die Sorge um das Wohl der Faschisten hat unter Arolsens Stadtvätern Tradition. In der ehemaligen NSDAP-Hochburg, dem ehemaligen Sitz des einzigen SS-Standesamtes des faschistischen Deutschlands, finden jährlich Kameradschaftstreffen der HIAG, der Organisation ehemaliger SS-Mitglieder statt. Diese Treffen, die in den vergangenen Jahren kein weiteres Aufsehen erregten, erfreuen sich amtlicher Fürsorge: vom Zur-Verfügung-Stellen eines Raumes bis zum Empfang beim Bürgermeister. Landrat Reccius, angeblich parteineutral, gefällt sich überdies als Festredner bei NPD-Veranstaltungen.

Am Samstag hatten sich schon früh Antifaschisten in Arolsen eingefunden. Auf dem Marktplatz, zwischen den Ständen der Händler, riefen sie mit Flugblättern und Stelltafeln zu Protestaktionen gegen den Naziparteitag auf. Ihre Zahl wuchs auf über 1.000 an. Um 12 Uhr begann die Kundgebung. Sie mußte jedoch auf dem Hinterhof des Arolsener Bürgerhauses stattfinden. Dies war eine Provokation, die nur zu gut in das gesamte Vorgehen der würdigen Stadtväter paßte. So hatten sie zum Beispiel auch die Genehmigung für die Benutzung von Räumlichkeiten für eine antifaschistische Veranstaltung, die für den Nachmittag geplant war, zurückgezogen — weil die Räume für die Polizei gebraucht wurden! Die Veranstaltung mußte ausfallen.

„Nazis raus aus unsrer Stadt — wir haben die Faschisten satt!" — „Sofortiges Verbot aller faschistischen Organisationen!" — Diese Forderungen erklangen immer wieder auf der Kundgebung und später auf der Demonstration. Die entschlossene Stimmung unter den versammelten Antifaschisten spiegelte sich jedoch nicht immer in den gehaltenen Reden wider. Besonders die Rede des Vertreters des DGB-Kreises Waldeck fiel durch Scheinheiligkeit auf; hatten sich doch die DGB-Führer dieses Kreises zunächst geweigert, etwas gegen den NPD-Parteitag zu unternehmen. Erst auf den Druck der Basis erklärten sie sich bereit — jedoch nicht zu Aktionen, sondern nur zu ein paar Anzeigen in der Lokalpresse.

Das Gebiet rund um die Stadthalle war zur Bannmeile erklärt worden. Als sich die Demonstration nach der Kundgebung in Bewegung setzte, wurden alle Verbindungswege von Arolsen nach Mengeringshausen blockiert. Quer über die Straßen standen Doppelketten von Polizisten, mit Schlagstöcken, Schilden, Helmen bewaffnet, oft verstärkt durch Hundeführer mit Schäferhunden. Im Hintergrund standen Wasserwerfer und weitere Eingreifreserven in Bereitschaft. Über der Demonstration kreiste unablässig ein Polizeihubschrauber. Wie wert muß diesem Staat sein braunes Kleinod NPD sein, wenn er es mit solchen Kräften schützt!

Wie das Polizeiaufgebot, so war auf der anderen Seite auch die antifaschistische Demonstration wohl die größte, die Arolsen je erlebt hatte. Die Demonstranten liefen teilweise untergehakt; auf zahlreichen Transparenten und Schildern — darunter auch solche der Front gegen Reaktion und Faschismus — trugen sie antifaschistische Losungen. „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten!" war eine der am häufigsten gerufenen Parolen. Einige der mit Flüstertüten bewaffneten Sprecher versuchten jedoch, mildere Töne anzustimmen. Angesichts des Polizeiaufgebotes jedoch stießen ihre die tatsächlichen Verhältnisse verwischenden Parolen wie „Samstags frei — für die Polizei!" oder „Mit den Polizisten gegen die Faschisten!" auf wenig Verständnis, ernteten sie Unmut und Pfiffe von Seiten der Demonstranten.

Nachdem die Demonstration am frühen Nachmittag auf den Kundgebungsplatz zurückgekehrt war, wurden die Protestaktionen für beendet erklärt. Viele Demonstranten waren jedoch damit nicht zufrieden. Etwa 200 von ihnen sickerten in Mengeringshausen ein und versammelten sich vor der Stadthalle, wo die NPD ihren Parteitag abhielt.

Sie fanden die Halle rundum mit spanischen Reitern, mit Doppelposten der Polizei und vor dem Eingang zusätzlich mit einer Kette voll ausgerüsteter Polizisten gesichert. Unverzüglich fuhren Polizisten auf und bezogen an den wenigen Zugängen rund um die Stadthalle Stellung. Mehrfach forderte ein Polizeisprecher über Megafon auf, den Platz zu räumen; die Antifaschisten leisteten dieser Aufforderung jedoch keine Folge. Obwohl der Platz — mit nur wenigen Ausgängen, in einer Senke liegend — für einen Einsatz wie geschaffen war, griff die Polizei nicht ein. Der Grund hierfür war wohl darin zu suchen, daß sich zahlreiche Mengeringshausener Bürger — Großmütter, Kinder, Jugendliche, debattierende Familienväter in Trainingsanzügen und Hausschuhen — neugierig und ahnungslos unter die Demonstranten gemischt hatten. Sie schienen nicht zu wissen, in welcher Gefahr sie sich befanden; anders als die Bewohner der großen Städte, etwa des Ruhrgebiets, hatten sie noch keinen der brutalen Polizeieinsätze miterlebt. Die Polizei aber wagte nicht loszuknüppeln.

Allerdings kam es zu keiner größeren Aktion der versammelten Antifaschisten. Angesichts der bedrohlichen Situation fehlte eine Führung.

Ein Transparent am Rande der Kundgebung

Die Nazis, die angesichts der Proteste ständig „Versammlungspausen" veranstalteten und auf dem freien Platz hinter den Polizeiposten promenierten, nutzten das aus. Einer ihrer Schlägertrupps schlug einen der Antifaschisten blutig und zerrte ihn hinter die Linie der Polizisten, die ihn festnahmen. Ein widerliches Bild der Zusammenarbeit von Faschisten und westdeutschen Polizisten!

BND öffnet Auslandsbriefe:

Bonner Geheimdienst als Posträuber

„... die Versorgung ist bei uns seit einiger Zeit zufriedenstellend, wenn auch natürlich nicht so gut wie in der ‚Hauptstadt'. Dort braucht man natürlich dreimal soviel, weil den ausländischen Diplomaten ‚Weltniveau' demonstriert werden muß und die Bonzen auch leben müssen."

Hier in München, Schwanenthaler Straße 91, werden Briefe in die getarnte Außenstelle des BND gebracht, um in ihnen herumzuschnüffeln.

Dieser Brief aus der DDR ist nicht nur von seinem Empfänger gelesen worden, sondern vorher schon von einem Agenten des Bonner Geheimdienstes BND. Und das nicht zufällig; und er ist auch nicht der einzige, der dort gelandet ist. Denn, wie dem „Stern" zu entnehmen ist, kontrolliert der BND **sämtliche** Briefpost zwischen der Bundesrepublik und Osteuropa.

In Knotenpunkten der Postwege, München, Frankfurt, Braunschweig, Bebra, Hof, Hamburg, Berlin und Nürnberg, wo die Post aus den Staaten Osteuropas eintrifft bzw. über die die Post westdeutscher Absender rausgeht, erscheinen jeden Morgen als privat getarnte VW-Busse, schleppen eine Reihe mit den Farben der Bundespost versehene Briefpostsäcke ab und bringen sie acht Stunden später wieder. In der Zwischenzeit sind sämtliche Briefe kontrolliert, registriert und zum Teil mit speziellen Verfahren geöffnet und fotokopiert worden, in als „Bundesvermögensverwaltung/Sondervermögen" oder als „Studienstelle für Auslandsfragen" getarnten Außenstellen des BND.

Nicht genug damit, daß der BND diese Briefe liest, er leistet auch „Amtshilfe" gegenüber dem Verfassungsschutz und dem Militärischen Abschirmdienst (MAD). Denn, so der Kanzleramtschef Schüler, der die Dienstaufsicht über den BND führt: „Niemand kann verlangen, daß die Auswerter die Augen zumachen, wenn sie auf wichtige Informationen für Verfassungsschutz und MAD stoßen. Natürlich muß das schleunigst weitergegeben werden."

Das heißt, der Bonner Staat hat sich eine riesige Kartei von Personen angelegt, die im Kontakt mit Menschen im Osten stehen. Er hat weiterhin eine neue Quelle der „Erkenntnisse" über die politischen Gegner im Innern. Und drittens wandern die „Erkenntnisse" zur „SPE" (Sachbezogene Personenerkenntnisse für Tipgewinnung und Anwerbung). Mit anderen Worten: Aus der Kontrolle von Briefen und Telefonaten gewinnt man Hinweise auf Personen, die für die Anwerbung als Spione und Schnüffler in Frage kommen, und zwar sowohl in der DDR als auch in Westdeutschland.

In der Verfassung ist zwar das Postgeheimnis verankert (Artikel 10 des Grundgesetzes), aber bereits 1968 ist dieses Recht durch das berüchtigte G 10-Gesetz entscheidend eingeschränkt worden. So kann nach § 3 dieses Gesetzes der Kriegsminister und nach § 2 der Innenminister Eingriffe in dieses Recht beantragen. Dadurch, daß von dieser Möglichkeit „extensiv Gebrauch gemacht" wird, ist dieses Grundrecht bereits heute außer Kraft. Selbst die Mitglieder des Bundestagsausschusses, die in aller Regelmäßigkeit alle drei Monate ihre Zustimmung zu den entsprechenden Anträgen geben, geben zu, daß sie gar nicht in der Lage sind, diese Schnüffelpraktiken zu kontrollieren.

Unverhohlen hat die Regierung die Schnüffelei gerechtfertigt und für legal erklärt. Damit soll die Empörung, die die „Stern"-Veröffentlichung in der Bevölkerung ausgelöst hat, gedämpft werden. Besonders empört ist die Öffentlichkeit darüber, wie unverfroren sich BND und Verfassungsschutz mit der Amtshilfe über die Gesetze hinwegsetzen. Bei alledem darf man aber nicht übersehen, daß diese „Gesetzwidrigkeiten" nicht einmal das Entscheidende sind. Die Schnüffelei selbst ist völlig legal! Nicht erst durch das G 10-Gesetz, auch schon in der ursprünglichen Fassung des Grundgesetzes ist eine Beschränkung des Postgeheimnisses vorgesehen gewesen. Die allgemein gehaltene Formulierung „Beschränkungen dürfen... angeordnet werden" ist nur inzwischen durch weitere Gesetze konkretisiert worden.

Es ist unglaublich, wie unverfroren Bonn beim Ausbau der totalen Kontrolle der Werktätigen vorgeht, wie immer neue Möglichkeiten gesucht und gefunden werden, einen großen Teil der Bevölkerung in Computern zu erfassen und „Erkenntnisse" zu sammeln. Aber es ist gerade diese hemmungslose Schnüffelei der Bonner Geheimdienste und Polizeiorgane, die auf wachsende Empörung stößt und immer mehr Werktätigen die Augen über diesen Staat öffnet.

Unglaublich:

Doppelmitgliedschaft in SPD und HIAG

Der SPD-Ortsverein Konstanz will an den nächsten baden-württembergischen Landesparteitag einen Antrag stellen, daß die Mitgliedschaft in der SPD und zugleich in der HIAG nicht miteinander vereinbar seien. Eine Selbstverständlichkeit, sollte man meinen. Es gibt aber genügend Gründe anzunehmen, daß dieser Antrag nicht durchkommt.

Als vor einem Jahr in Radolfzell zum wiederholten Male ein Treffen der faschistischen HIAG („Hilfsorganisation" für ehemalige Angehörige der Waffen-SS) stattfand, stellte sich heraus, daß unter ihnen zwei SPD-Stadträte aus Radolfzell waren; einer von ihnen war sogar Mitorganisator des Treffens. Man sollte meinen, daß allein diese Entdeckung Grund genug sein müßte, diese beiden Faschisten achtkantig rauszuschmeißen aus einer Partei, die sich sozialdemokratisch nennt. Ein Ausschlußverfahren war aber nach offiziellen Angaben der SPD nicht möglich, weil den beiden Faschisten „persönlich kein parteischädigendes Verhalten" nachgewiesen werden konnte! Das muß man zweimal lesen: Die Mitgliedschaft in einer faschistischen Organisation ist für die SPD **nicht parteischädigend!**

Nun hat diese Tatsache natürlich Empörung bei einigen Mitgliedern der SPD ausgelöst, und so sah sich der SPD-Ortsverein Konstanz veranlaßt, die Parteizentrale in Bonn um Hilfe zu ersuchen, die beiden Faschisten aus der SPD zu entfernen. Die Antwort aus Bonn: Man halte einen Unvereinbarkeitsbeschluß nicht für nötig. Immerhin habe sich Kurt Schumacher schon 1950 verständnisvoll über die HIAG geäußert!

Corpstreffen der HIAG mit SS-Generälen wie z. B. Sepp Dietrich im Vordergrund.

Diese offenherzige Enthüllung der SPD-Zentrale spricht für sich. Nur verständlich, daß einige SPD-Mitglieder an der Basis an ihrer Partei zu zweifeln beginnen. Zumal ja die Herren im Parteivorstand sonst nicht so zimperlich mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen sind. Mit dem SDS zum Beispiel haben sie seinerzeit den ganzen Studentenverband der Partei vor die Tür gesetzt. Denn der Protest gegen den Vietnamkrieg und ähnliches — das war für die Herren einfach unvereinbar mit der SPD.

Hamburger Antifaschistenprozeß

In der 42. Verhandlung wurden jetzt zum erstenmal Polaroidfotos vorgelegt, die bisher von der Polizei zurückgehalten worden waren. Mit gutem Grund: Eines der Bilder zeigt den angeklagten Genossen Uwe, wie er von vier Polizisten festgehalten und von einem kräftig am Haarschopf gezerrt wird. Keine gute Unterstützung für die Anklage. Die Polizei verweigerte jede klare Auskunft, ob es noch weitere Bilddokumente gibt, die zurückgehalten werden.

Die Aussagen des Polizeizeugen Baar brachten dann den ganzen Prozeß ins Wanken. Nach Baars Angaben haben sich nach dem Polizeieinsatz in Hamburg die Beamten in einer Kaserne gesammelt. Dort hätten sich dann vier Mann gemeldet und gemeinsam ihre Version der Geschehnisse in eine Kladde geschrieben, also sich abgesprochen. Auch der Zugführer sei ab und zu dabei gewesen. Erklärlicherweise stimmt so auch die Aussage des Zugführers manchmal wortwörtlich mit dem Text in der Kladde überein.

Vorher aber hatten sämtliche Polizeizeugen abgestritten, daß sie sich abgesprochen hätten. Auch Baar erklärte jetzt, nach dem Einsatztag habe es keine Absprache mehr gegeben. Tatsächlich aber hat er sich mit anderen Teilnehmern aus dem Polizeieinsatz verständigt. Und als er sich mit den Worten **„Wir** haben uns noch einmal vergewissert" erneut verriet und die Anwälte die Protokollierung verlangten, versuchte der Gerichtsvorsitzende die Sache so darzustellen, als wäre dieses „Wir" in einem ganz anderen Zusammenhang gesagt worden. Daraufhin behauptete Gerichtsbeisitzer Timmke frech, der Zeuge habe eindeutig „Ich" gesagt. Rechtsanwalt Maeffert gab diesem Richter dann zu bedenken, ob er sich nicht selber für befangen erklären wolle.

Was dann passierte, stellte ein Teilnehmer an der Verhandlung so dar: „Es war ein langer, anstrengender und erfolgreicher Tag, der damit endete, daß einer der Richter die Nerven verlor, aufsprang und schrie: ‚Ich gehe sofort! Damit ist der Prozeß geplatzt! Sollen die doch die Kosten tragen!' Vergeblich versuchte der Vorsitzende, ihn noch am Arm festzuhalten. Er riß sich jedoch los mit den Worten ‚Lassen Sie!' und verschwand im Beratungszimmer. Später, als er noch einmal etwas sagen wollte, schnauzte ihn der Vorsitzende an: ‚Halt den Mund jetzt!'

Daß uns die Richter am liebsten zu hohen Strafen und zur Übernahme der mindestens eine Viertelmillion Mark Prozeßkosten verurteilen möchten, ist jedem von uns klar. Daß einer aber seinen Haß so offen ausspuckt, ist Nervensache. Der Schuß ging dann auch nach hinten los. Sofort stellten die Anwälte einen Antrag wegen ‚Besorgnis der Befangenheit', über den auf der nächsten Sitzung entschieden werden soll."

„Bundeswehrneurose"

Bei allen Arten von Schmerzen und Beschwerden diagnostizierte Horst Rechziegler, Stabsarzt bei der Bundeswehr in Munster, ein und dieselbe Krankheit: „Bundeswehrneurose"! Mit einem ebenso originellen Mittel bekämpfte er diese „seelische" Krankheit: mit Spritzen aus harntreibenden Mitteln und destilliertem Wasser. Das brachte alle, die sich nach Meinung dieses berufenen Arztes nur drücken wollten, schnell wieder auf die Beine. Das Resultat war: ein fast leeres Wartezimmer und — die Soldaten hatten praktisch keinen Arzt. Kein Grund für die Bundeswehr, gegen diesen Arzt mit seinen sadistischen „Behandlungsmethoden" einzuschreiten. Erst die wachsende Empörung unter den Soldaten brachte diesen „Arzt" vor den Richter. Zwei Jahre mit Bewährung und ein „Berufsverbot" von nur einem Jahr waren das Ergebnis. Für die Soldaten heißt das: nach einem Jahr darf dieser Quacksalber weiterspritzen oder neue Methoden des „Kurierens" anwenden.

Strafbefehl wegen Spitzelentlarvung

Richard Droege, presserechtlich verantwortlich für ein Flugblatt des KSB/ML in Darmstadt, bekam jetzt einen Strafbefehl über insgesamt 528 Mark zugestellt. Strafantrag hatte der Geschäftsführer des Studentenwerks gestellt, weil in dem betreffenden Flugblatt der Einsatz eines Spitzels an der TH Darmstadt gegen linke Studenten entlarvt worden war. (Der „Rote Morgen" berichtete darüber). Besonders wurmte Antragsteller und Staatsanwalt die Parole „Das größte Schwein im ganzen Land ist und bleibt der Denunziant!" und „Isoliert den Spitzel, Spitzel raus aus der TH!" Richard Droege hat Widerspruch eingelegt.

Wiedereinstellung erzwungen ...

...hat Bernhard Hanfland, der durch die Denunziation des berüchtigten CDU-Handelsvertreters Land zuerst aus dem Schuldienst und dann bei der Firma Daimon entlassen worden war. Jetzt mußte das Arbeitsgericht seine Wiedereinstellung bei Daimon verfügen. Das ist ein großer Erfolg im Kampf gegen die Berufsverbote! Von welchen Überlegungen sich dabei aber das Gericht leiten ließ, konnte man der Urteilsbegründung entnehmen: Wollte man anders verfahren, „so liefe dies letzten Endes darauf hinaus, politisch nicht Geduldete aus dem Arbeitsleben zu verbannen, d. h. sie faktisch mit einem totalen Beschäftigungsverbot zu belegen. Ein solches Verhalten ist ... unhaltbar... Bei diesen Menschen können sich alsdann erfahrungsgemäß Aggressionen gegen unsere gesamte staatliche Ordnung bilden, die bis zu einem völligen Abgleiten in den Terrorismus führen können."

Michael Banos

— als ehemals presserechtlich Verantwortlicher der RHD zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt — ist aus der JVA Attendorn nach Geldern verlegt worden. Seine neue Anschrift: Michael Banos, JVA Geldern, Möhlendeyck 50, 4170 Geldern. Schreibt dem Genossen Michael, damit ihm seine restliche Haftzeit nicht zu langweilig wird!

Polizei gegen ASTA

Aus Anlaß der skandalösen Prozeßführung und Verschleppung des Maydanek-Prozesses hatte der AStA der Universität Köln zu einer Veranstaltung aufgerufen, wo unter anderem der DDR-Anwalt Kaul, der einige Nebenkläger vertritt, auftreten sollte. Dem Rektor war eine derartige Veranstaltung ein Dorn im Auge. Er verbot den Studenten die Räume, in denen die Veranstaltung stattfinden sollte. Gleichzeitig bestritt er, das neue Hochschulrecht im Rücken, dem AStA jedes Recht, sich zu politischen Fragen im Namen der Studenten zu engagieren. Zur Durchsetzung seines Raumverbots holte er schließlich Polizei in die Universität, die mit Gewalt gegen die Studenten vorging. Während im Maydanek-Prozeß die angeklagten faschistischen Massenmörder gute Aussichten haben, ihrem Freispruch entgegenzusehen, wird den Kölner Studenten, die über die Vorgänge bei diesem Prozeß informieren wollten, die Polizei ins Haus geschickt.

„Polizei sucht mehr Nähe zum Bürger“

Volkskorrespondenz aus Minden

Unter dieser Überschrift erschien Anfang November ein Artikel im Mindener Lokalblättchen, der so manchen Mindener empörte: „Noch mehr als bisher wollen sich Polizeibeamte in Minden als Freunde und Helfer erweisen. Mit Beginn dieses Monats ist der sogenannte Bezirksdienst verstärkt worden. Statt bislang 11 versehen jetzt 14 Polizisten den bürgernahen Dienst in den verschiedenen Sektoren. Jeder von ihnen hat neuerdings rein rechnerisch gesehen rund 6.000 anstelle von bisher 8.000 Einwohner zu betreuen... Die Verbindungs- und Kontaktbeamten zur Bevölkerung sind jeweils für ein fest abgestecktes Betreuungsgebiet zuständig, in dem sie über gute Orts- und Personenkenntnis verfügen. In Zivil oder in Uniform gehen sie ihren Obliegenheiten nach.“

Unter anderem widmen sich unsere Freunde auch „der gezielten Überwachung von Orten, Lokalen und Personen, ... sowie (der) Mitwirkung bei der Abschiebung von mißliebigen Ausländern, die zumeist im Geleit der Betroffenen bis zur in Düsseldorf- abfliegenden Chartermaschine besteht“.

Diese Artikelauszüge sprechen für sich. Das Spitzelnetz und die Befugnisse der Polizei werden immer mehr ausgeweitet. Glauben diese Schurken denn ernsthaft, ihr Gerede vom „Freund und Helfer des Bürgers“ würde ihnen die Bevölkerung abnehmen? Wer hat noch nicht irgendeine lächerliche Schikane der Polizei im Straßenverkehr erlebt und sich über die Dreistigkeit und Arroganz dieser Herren geärgert? Wohl kaum einer! Und was die Aufrüstung der Polizei betrifft, so beschränkt sie sich in Minden nicht nur auf drei neue Polizisten, sondern die Hauptwache hat vor kurzem einen hochmodernen Schalttisch erhalten (wieviel Steuergelder das wohl wieder gekostet hat?), mit dem Fahndungen und Aktionen blitzschnell geplant und koordiniert werden können.

Zum Abschluß noch zwei Vorfälle, die die Sorge der Polizei um das Wohl der Menschen im richtigen Lichte darstellen:

Ein Taxifahrer wurde von einem Fahrgast mit dem Messer bedroht. Der Fahrer fährt in voller Fahrt auf den Hof der Wache und drückt die Alarmsirene. Was macht die Polizei? Sie läßt die Rolläden herunter und bleibt dort, wo sie ist — nämlich drinnen!

Der andere Fall: eine Schlägerei. Die Polizei wird gerufen, kommt mit mehreren Wagen — und sieht aus einiger Entfernung zu, wie alles und jeder kurz und klein geschlagen wird.

Nun, all dies wird den Haß der Bevölkerung auf die Polizei nur noch verstärken, da mögen sie auch noch so sehr mit Bildern und Berichten für sich Propaganda machen.

Monatslohn: 56 Mark

Volkskorrespondenz aus Dortmund

Kürzlich fand in Dortmund eine Anhörung über Fragen von Behinderten statt. Was mir da zu Ohren kam, ist unglaublich. So unglaublich, daß ich es euch mitteilen möchte. Ob in anderen Städten auch solche Zustände wie hier in Dortmund herrschen, weiß ich nicht. Aber sicher wird es da keine großen Unterschiede geben.

Hier ist es jedenfalls so, wie ein Vertreter des Sozialamts Dortmund auch bestätigt hat, daß die Behinderten in den Behindertenwerkstätten schamlos ausgenommen werden. Sie verdienen in diesen Werkstätten ganze 200 Mark im Monat (!), und nur 56 Mark davon dürfen sie behalten. Die übrigen 144 Mark nämlich werden mit der ausgezahlten Sozialhilfe verrechnet. Sie werden also eh schon mit einem unglaublichen Hungerlohn abgespeist, und auch den bekommen sie noch nicht einmal bar auf die Hand. So haben sie dann fast genausowenig Geld wie sie auch bekommen würden, wenn sie nicht jeden Tag arbeiten und nur Sozialhilfe beziehen würden. Denn was sind schon 56 Mark, auf einen ganzen Monat berechnet?

In die Werkstätten werden übrigens nur bestimmte Behinderte aufgenommen, Schwerbehinderte zum Beispiel scheiden von vornherein aus. Das bedeutet doch wohl, daß man nur die Leistungsfähigen einsetzt. So kann man davon ausgehen, daß diese Menschen wesentlich mehr erarbeiten als die 200 Mark, die man ihnen, oder genauer dem Sozialamt auszahlt. So sind die Behinderten wahrhaftig Menschen zweiter Klasse, denen man noch nicht einmal wie den Gesunden die Bezahlung ihrer Arbeitskraft zugesteht.

Mich wie auch die vielen anderen Anwesenden hat diese Ungerechtigkeit, der Zynismus, mit dem die Stadt Dortmund gegen die Behinderten vorgeht, äußerst stark empört. Hier entpuppt sich unser „sozialer Rechtsstaat“ gerade diesen Schwächsten gegenüber als ganz gewöhnlicher Händler mit Arbeitssklaven.

Gefängnis, Irrenanstalt und Arbeitshaus in einem

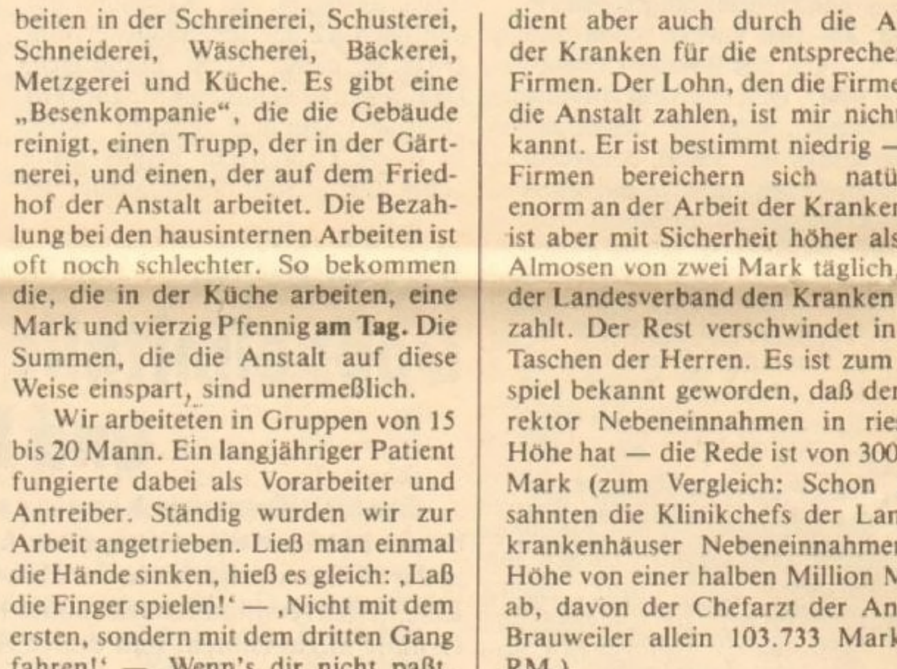
Volkskorrespondenz aus Essen

Im Frühjahr lasen wir im „Roten Morgen“ einen Bericht über das Landeskrankenhaus Brauweiler, in dem über die unmenschliche Behandlung der eingewiesenen Patienten und über Todesfälle aufgrund dieser Behandlung berichtet wurde. Der Artikel schloß: „Der Terror in den psychiatrischen Anstalten und den Erziehungsheimen muß an die Öffentlichkeit! Brauweiler ist kein Einzelfall! Die Schließung dieses Hauses kann nicht verwischen, daß es in allen anderen Zwangsanstalten ähnlich aussieht“ (RM Nr. 12).

Vor kurzem konnten wir ein Gespräch mit einem ehemaligen Insassen eines anderen Landeskrankenhauses führen, der von ähnlichen Zuständen berichtete. Hier sind nun — zusammengefaßt — seine Erfahrungen:

„Ich habe über 30 Jahre im Pütt gearbeitet. 1975 wurde ich arbeitslos. Ich war Alkoholiker und kam schließlich auf Entziehungskur in das Landeskrankenhaus ... Dort habe ich neun Monate verbracht.

Das Landeskrankenhaus befindet sich in Trägerschaft des Landschaftsverbands Nordrhein-Westfalen. Das Landeskrankenhaus ist ein riesiger Komplex. In 50 Häusern leben 3.000 Patienten. Die Abgänge werden durch ständig neuen Zuwachs an Patienten ausgeglichen, die von den Ordnungs- und Sozialämtern eingewiesen werden. Der Komplex trägt den Titel



Rechnung der Vollzugsanstalt Offenburg an BASF

„Krankenhaus“, der Aufenthalt darin wird „Kur“ genannt — aber die Methoden und Einrichtungen, die dem Patienten begegnen, sind gefängnisartig. Das Landeskrankenhaus ist Gefängnis, Irrenanstalt und Arbeitshaus in einem.

Vor allem auch Arbeitshaus. Die Anstalt beutet die Kranken schonungslos aus. Zum Beispiel wir Suchtkranken werden als reine Arbeitstiere gehalten; mit Arbeitstherapie hat das Ganze nichts zu tun. Die Kranken arbeiten einmal für das Krankenhaus selber, zum anderen für die Industrie. Von Firmen werden Einzelteile angeliefert und in der Anstalt zusammengebaut. Wir haben für Elektrofirmen gearbeitet — Stehlampen zusammengesetzt —, für den Otto-Versand, für Quelle, auch für Firmen aus Holland, Belgien und der DDR. Ich zum Beispiel habe Autoschläuche zusammenknüpfen und auf eine Palette packen müssen, für einen Lohn von zwei Mark **täglich!** Es war schwere Arbeit, und dafür zwei Mark täglich! Es wurden auch Kranke in eine nahegelegene Margarine- und Joghurt-Fabrik gefahren. Dort mußten sie Fließbandarbeit verrichten — im Rythmus von 40 Minuten Arbeit und 20 Minuten Pause. Da es Fließbandarbeit war, bekamen sie einen Lohn von sechs Mark **pro Tag!**

Die Anstalt läßt einen großen Teil der für ihren Betrieb notwendigen Arbeiten von Kranken verrichten. Sie ar-

Patienten beim Zusammensetzen von Ventilen für die Autoindustrie.

beiten in der Schreinerei, Schusterei, Schneiderei, Wäscherei, Bäckerei, Metzgerei und Küche. Es gibt eine „Besenkompanie“, die die Gebäude reinigt, einen Trupp, der in der Gärtnerei, und einen, der auf dem Friedhof der Anstalt arbeitet. Die Bezahlung bei den hausinternen Arbeiten ist oft noch schlechter. So bekommen die, die in der Küche arbeiten, eine Mark und vierzig Pfennig **am Tag.** Die Summen, die die Anstalt auf diese Weise einspart, sind unermeßlich.

Wir arbeiteten in Gruppen von 15 bis 20 Mann. Ein langjähriger Patient fungierte dabei als Vorarbeiter und Antreiber. Ständig wurden wir zur Arbeit angetrieben. Ließ man einmal die Hände sinken, hieß es gleich: ‚Laß die Finger spielen!‘ — ‚Nicht mit dem ersten, sondern mit dem dritten Gang fahren!‘ — ‚Wenn's dir nicht paßt, kannst du ja zurück — auf eine andre Station!‘

Aus Angst machen die Kranken bei der Antreiberei mit. Du mußt nach der Flöte der Anstaltsleitung tanzen, ansonsten gibt es Minuspunkte. Dein Verhalten wird in dem ‚Bericht‘ vermerkt. Davon hängt auch ab, ob man zum Beispiel schon nach sechs Monaten die Anstalt verlassen kann, oder — wie ich — neun Monate bleiben muß. Der Bericht entscheidet auch darüber, ob man auf eine andere — härtere und schlechtere — Station versetzt wird. Die Anstalt setzt auch finanziellen Druck gegenüber den Patienten ein: Feiert einer zum Beispiel krank, bekommt er nur eine Mark pro Tag ausbezahlt. Das muß man sich einmal vergegenwärtigen: In diesem Landeskrankenhaus ist es möglich, daß Patienten — kranke Menschen also — „krankfeiern“. Dieser Umstand zeigt doch deutlich, daß es dieser Anstalt nicht auf die Heilung der Kranken, sondern nur auf die Ausplünderung ihrer Arbeitskraft ankommt.

Und das Landeskrankenhaus bereichert sich daran nicht schlecht. Einmal kassiert es von den Krankenkassen für die Unterbringung und Behandlung der Patienten. Die Unterbringung verbilligt sich aber enorm durch die — nahezu unentgeltliche — Mitarbeit der Kranken im Krankenhausbetrieb. Der Differenzbetrag fließt natürlich dem Landesverband, dem Träger der Anstalt, zu. Er verdient aber auch durch die Arbeit der Kranken für die entsprechenden Firmen. Der Lohn, den die Firmen an die Anstalt zahlen, ist mir nicht bekannt. Er ist bestimmt niedrig — die Firmen bereichern sich natürlich enorm an der Arbeit der Kranken. Er ist aber mit Sicherheit höher als das Almosen von zwei Mark täglich, das der Landesverband den Kranken auszahlt. Der Rest verschwindet in den Taschen der Herren. Es ist zum Beispiel bekannt geworden, daß der Direktor Nebeneinnahmen in riesiger Höhe hat — die Rede ist von 300.000 Mark (zum Vergleich: Schon 1975 sahnten die Klinikchefs der Landeskrankenhäuser Nebeneinnahmen in Höhe von einer halben Million Mark ab, davon der Chefarzt der Anstalt Brauweiler allein 103.733 Mark — RM.).

Für uns Suchtkranke ist in dem Landeskrankenhaus alles auf Arbeit ausgerichtet, unser ganzes Leben in der Klinik ist davon bestimmt. Mit Sport, mit Fußball und dergleichen ist in der Anstalt nicht viel los — wo bliebe da die Arbeit? Warum gibt es keine Tischtennisgruppe, keine Fotogruppe, keinen Schwimmclub usw.? Weil dann keine Leute mehr da sind zum Arbeiten! Man wird im großen und ganzen nicht als Mensch behandelt. Wenn man längere Zeit in der Anstalt ist — und ich habe dort Leute kennengelernt, die seit 10, 15, 20, ja 27 Jahren drin sind — kommt man als Beklopptер wieder heraus — wenn überhaupt. Die Zustände sind so schlimm, daß unbedingt etwas unternommen, daß den Kranken unbedingt geholfen werden muß!“

Kinder- und Jugendtheatertage

Hannover: Kinder- und Jugendtheatertage vom 1.-9. 12. 1978. Es treten unter anderem auf die „Elbspeelers“, die „Pfeffermühle“ aus Bochum. Beginn: 1. 12. um 18.30 Uhr. Unabhängiges Jugendzentrum Glocksee, Glockseestraße 35.

Demonstration

für die Freiheit der patriotischen politischen Gefangenen in Afghanistan. 2. Dezember 1978, Abmarsch 10.30 Uhr von der Mensa der Universität Frankfurt.

Veranstaltung

Frankfurt: Veranstaltung der Generalunion Afghanischer Studenten gegen das sozialfaschistische Regime in Afghanistan, 1. 12. 1978, um 19 Uhr, Universität, Hörsaal V.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“

○ Ich möchte den „Roten Morgen“, das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: .....

Straße: .....

Plz/Ort: .....

Datum: ..... **Unterschrift:** .....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Spendenkampagne zum 10. Jahrestag der Gründung der KPD/ML

In der letzten Woche gingen folgende Spenden für die Spendenkampagne anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung der KPD/ML ein:

G. G. Kiel	20,00
Genossen von Telefunken/Schwedenstraße, Westberlin	100,00
Zelle Borsig, Westberlin	4.262,70
Genossen aus Reutlingen	500,00
R. H., Wiesbaden	160,00
Zelle Metall, Saarbrücken	20,00
Genossen aus Freiburg	130,00
Genossen aus Witten	10,00
B. J., Bochum	40,00
R. L., Usingen	15,00
Bayer-Zelle, Leverkusen	182,00
RM-Leserkreis, Flensburg	12,00
Buchladen „Roter Morgen“, HH	100,00
H. G., Korbach	30,00
N. S., Bremen	10,00
J. T., Bielefeld	100,00
„Zwei Renovierer“, Hamburg	150,00
H. und G. B., Dortmund	700,00
Genossen aus Witten	1.000,00
P. F., Schweden	17,04
Ortsgruppe Würzburg	100,00
R. C., Witten	1.000,00
Genossen aus Westberlin	130,00
K. B., Nürnberg	20,00
R. L., Idar-Oberstein	10,00
Stadtteilzelle Dortmund-Hörde	755,50
K. P. J., Neuß	39,70
F. S., Hattingen	150,00
R. T., Kassel	50,00
F. Sch., Heidelberg	210,00
Insgesamt	**DM 10.023,94**

Damit gingen bisher für die Spendenkampagne anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung der KPD/ML DM 50.572,91 an Spenden bei uns ein. Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

100.000 DM für die KPD/ML

Spendet auf die Konten der KPD/ML:

Postscheckamt Dortmund
Kto.-Nr.: 6420-467

Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr.: 321 004 547

Stichwort:
10 Jahre KPD/ML

„Kennen Sie eigentlich Ihren Bundestagsabgeordneten?" Eine solche Frage — gesetzt den Fall, ein Meinungsforschungsinstitut stellte sie — würde in unserem Land sicher ein allgemeines Rätselraten auslösen. Gewiß, man weiß, daß man einem Wahlkreis zugeteilt ist, hat vielleicht auch seine Stimme abgegeben. Man weiß natürlich auch, welche Parteien schließlich im Bundestag die Mehrheit errungen haben.

Aber welcher Herr (vielleicht ist es auch eine Dame) nun für den Wahlkreis ins Bonner Parlament eingezogen ist, da muß man leider passen. Ist das denn ein Wunder? Wo man den betreffenden Herrn (oder die Dame) nur alle vier Jahre auf Wahlkampftournee erlebt. Man könnte nun die oben gestellte Frage auch noch weiterspinnen. Zum Beispiel so: „Wenn Sie ihren Abgeordneten nicht kennen, also auch gar nicht wissen, welcher Tätigkeit er in Ihrem und im Namen Ihres Wahlkreises im Bundestag nachgeht, könnten Sie sich dann nicht vorstellen, daß Sie auf die Ernennung eines Kandidaten selbst Einfluß nehmen könnten, daß Sie zum Beispiel einen Kollegen aus dem Wahlkreis, der Ihr volles Vertrauen genießt, für den Bundestag vorschlagen könnten?"

Wie wäre wohl die Reaktion auf eine solche Frage? „So etwas gibt es doch nicht", würden die meisten sagen. Und vielleicht noch hinzufügen, daß es aber trotzdem eine gute Sache wäre. Es ist richtig: In unserem Land gibt es ein solches Verfahren nicht. Aber ist es unvorstellbar? In der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, wo am 12. November die Wahlen für die Volksversammlung durchgeführt wurden, jedenfalls nicht.

Albanische Bergarbeiter bei einer Aussprache über die Politik des Landes

Albanien: Wahlen zur Volksvertretung Bekundung der proletarischen Demokratie

99,99 Prozent der Wahlberechtigten haben sich an diesen Wahlen zum höchsten Vertretungsorgan des Landes beteiligt. Zu 100 Prozent sind die vorgeschlagenen Kandidaten gewählt worden. Das sind Zahlen, die sicher bei vielen fortschrittlichen Werktätigen Skepsis hervorrufen. 100 Prozent! Irgendwie kann man sich das gar nicht richtig vorstellen. Deshalb ist es nützlich, die Wahlen im sozialistischen Albanien einmal mit denen in unserem kapitalistischen Staat zu vergleichen. Und schon die oben angeführte Fragestellung hat ja gezeigt, daß zwischen diesen und jenen Wahlen gewaltige Unterschiede bestehen. Kehren wir also noch einmal zurück zu der Frage der Aufstellung der Kandidaten.

Wer bestimmt darüber? Bei uns sind es die Spitzengremien der bürgerlichen Parteien. Die Wähler, ja selbst die einfachen Mitglieder der SPD oder der CDU, haben nicht den geringsten Einfluß darauf. Im sozialistischen Albanien werden die Kandidaten von der Demokratischen Front, der umfassendsten Massenorganisation des Landes, aufgestellt. In unzähligen Wahlversammlungen im ganzen Land wird über diesen Kandidatenvorschlag diskutiert. Und die Debatten haben eine ganz reale Grundlage. Denn anders als bei uns kennen die albanischen Wähler die Kandidaten für die Volksversammlung genau. Sie kommen nämlich aus ihrer Mitte, sind Arbeiter in den Betrieben, Genossenschaftler oder Angehörige der Volksintelligenz.

70 Prozent der Mitglieder der Volksversammlung arbeiten weiter in ihren Berufen, sind also ständig mit ihren Wählern zusammen. Unter diesen Bedingungen können sich die albanischen Werktätigen natürlich ein sehr genaues Bild von den Kandidaten machen. Auf den erwähnten Wahlversammlungen kann aber auch jeder wahlberechtigte Werktätige einen eigenen Vorschlag für die Aufstellung eines Kandidaten zur Volksversammlung machen. Es ist also in Albanien nicht so, daß sich die Werktätigen erst am Wahltag überlegen müßten, ob, wie und wo sie ein Kreuz auf dem Stimmzettel machen. Entscheidend sind eben die Wahlversammlungen. Dort findet die breite, demokratische Aussprache statt, werden die vorgebrachten Meinungen und Argumente der Teilnehmer zusammengetragen und geprüft. Und auf der Grundlage dieser Debatte können sich dann die Wahlberechtigten auf den Kandidaten vereinheitlichen, den sie für den würdigsten Vertreter ihres Wahlkreises in der Volksversammlung halten. Die Wahl selbst ist dann nur noch die Bestätigung dieser gemeinsam gefaßten Entscheidung.

Wie steht es mit dem Wahlprogramm? Bei uns — das ist ja bekannt — gibt es zweierlei. Einmal die Wahlversprechungen, mit denen die Kandidaten der bürgerlichen Parteien hausieren gehen. Und dann ihr wirkliches Programm, die Richtlinien der Politik dieser Parteien. Über letzteres schweigen sich die Kandidaten der bürgerlichen Parteien allerdings gegenüber ihren Wählern geflissentlich aus. Mit gutem Grund. Ist doch ihr wirkliches Programm die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung, die Vollstreckung des Willens der herrschenden Bourgeoisie und die Niederhaltung der Werktätigen. Und gerade um diese grundlegende Tatsache zu verschleiern, präsentieren sich die Kandidaten der verschiedenen Parteien mit einem Wirrwarr von verschiedenen marktschreierischen Parolen, haltlosen Versprechungen und so weiter.

In der Sozialistischen Volksrepublik Albanien gab es für die diesjährigen Wahlen nur **ein** Programm. Es wurde von der Demokratischen Front vorgelegt, erarbeitet auf der Grundlage der Richtlinien der Partei der Arbeit Albaniens (PAA) und des Fünfjahresplans. Dieses Wahlprogramm bringt in deutlicher Weise die grundlegenden Interessen des albanischen Volkes an der Verteidigung der Errungenschaften der Revolution, der Festigung der Diktatur des Proletariats unter der Führung seiner Partei, der Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft und des Wohlstands der Werktätigen usw. zum Ausdruck.

Warum nur **ein** Programm? Das albanische Volk hat, geführt von der kommunistischen Partei, die alten Ausbeuterklassen gestürzt. In der sozialistischen Gesellschaft gibt es für diese Klassen und ihre egoistischen Interessen keinen Platz. Sie wurden vollständig vernichtet und heute gibt es keine feindlichen, sich unversöhnlich gegenüberstehenden Klassen mehr wie vor der Befreiung oder wie in den Ländern des Kapitalismus in Ost und West. Die Arbeiter und Genossenschaftsbauern sowie die Volksintelligenz haben keine auseinanderstrebenden, miteinander im Widerspruch stehenden Interessen. Unter ihnen herrscht nicht Konkurrenz, sondern sie kämpfen Seite an Seite für ihre gemeinsamen Ziele. Wenn also die bürgerlichen Ideologen angesichts der Einmütigkeit des albanischen Volkes, wie sie sich im Wahlergebnis ausdrückt, Zeter und Mordio schreien, wenn sie gerade diese Einmütigkeit „undemokratisch" nennen, dann ist das mehr als lächerlich.

Sollte sich denn das albanische Volk zersplittern, sollte es, anstatt das allgemeine Interesse überall in den Vordergrund zu stellen, den gnadenlosen Konkurrenzkampf, wie er für die kapitalistischen Gesellschaften kennzeichnend ist, nachäffen? Und wenn beispielsweise bei den Volksversammlungswahlen ein anderes Programm auftauchen würde als das der Demokratischen Front, in dem sich dieses allgemeine Interesse widerspiegelt, dann müßte doch ein solches Programm **gegen** die Volksinteressen, **gegen** die Diktatur des Proletariats, **gegen** die PAA, **gegen** den Aufbau des Sozialismus und die Hebung des Wohlstands der Werktätigen gerichtet sein. Es ist klar, daß das albanische Volk so etwas niemals zulassen würde. Der Staat der Diktatur des Proletariats wurde nicht deshalb unter unsäglichen Opfern erkämpft, um der kapitalistischen Anarchie wieder freien Raum zu geben.

Und was heißt hier Demokratie? Die angeführten Beispiele haben ja schon deutlich gemacht, daß in Albanien auf der Grundlage der Diktatur des Proletariats die umfassendste, tiefste und vollständigste Demokratie für die Massen verwirklicht ist. Aber verfolgen wir den Weg der Kandidaten der Volksversammlung weiter. Die Genossinnen und Genossen, die jetzt von den Werktätigen der Wahlkreise mit dem hohen Amt betraut wurden, eben weil sie diejenigen sind, die die Ziele und Interessen des Volkes am besten zu verwirklichen wissen, sie werden in die Volksversammlung einziehen. Über die Zusammensetzung der Volksversammlung lagen bei Redaktionsschluß noch keine Einzelheiten vor. Deshalb führen wir hier die Zahlen aus der vergangenen Legislaturperiode an. 56 Prozent der Abgeordneten kamen aus den Reihen der Arbeiter und Genossenschaftsbauern. 34 Prozent der Abgeordneten waren Frauen und 70 Prozent waren — wie schon erwähnt — weiter in ihren Berufen tätig. Für die Mitglieder der albanischen Volksversammlung gibt es nicht wie für die Angehörigen der bürgerlichen Parlamente reihenweise Privilegien, von denen die fetten Diäten nur das hervorstechendste sind.

Worin unterscheidet sich die albanische Volksversammlung von einem bürgerlichen Parlament wie etwa dem Bonner Bundestag? Das grundsätzliche ist natürlich die Tatsache, daß die Volksversammlung das höchste Organ der Volksmacht in einem sozialistischen Land ist, während der Bundestag ein Instrument der bürgerlichen Diktatur darstellt. Und dieser grundsätzlich unterschiedliche Charakter der beiden Vertretungen wird auch deutlich, wenn man ihre Aufgaben betrachtet.

Der Bundestag ist nicht, wie die bürgerliche Propaganda es glauben machen will, das Gremium, in dem über die Politik unseres Landes entschieden wird. Er ist ein Aushängeschild, ein Debattierklub mit dem demagogischen Auftrag, durch große Debatten das Volk zu betrügen und ihm weiszumachen, hier würden die Lebensinteressen der Werktätigen verhandelt. Die Politik wird in den Chefetagen der Monopolkonzerne, in den Regierungsstäben gemacht. Tatsächlich hat der Bundestag keinen wirklichen Einfluß auf die Politik der Regierung.

Die albanische Volksversammlung dagegen wählt und kontrolliert sowohl die Regierung und den Ministerrat wie auch den Obersten Gerichtshof und den Generalstaatsanwalt. Aus ihren eigenen Reihen bildet sie sieben Kommissionen (Haushalt, Außenpolitik usw.), denen die entsprechenden Ministerien ihre Berichte vorlegen müssen. Die Vollmachten dieser Kommissionen beschränken sich jedoch nicht auf die bloße Kenntnisnahme. Sie können auch einen Bericht zurückweisen. Es gibt in Albanien keine Körperschaft, die einen Beschluß der Volksversammlung ändern könnte.

In den bürgerlichen Parlamenten sind die Abgeordneten mehr oder weniger Statisten. Was ihre Zusammensetzung betrifft, so haben wir ja schon herausgestellt, daß die werktätige Bevölkerung darauf keinen Einfluß hat. Erwähnen müßte man in diesem Zusammenhang auch noch die reaktionären Wahlgesetze, wie bei uns etwa die berüchtigte Fünf-Prozent-Klausel, die dazu beitragen, daß wirkliche Vertreter des Volkes aus dem Parlament ferngehalten werden. Darüber hinaus hält die Bourgeoisie ein ganzes Bündel von Maßnahmen bereit, die unter anderem auch die Beteiligung der kommunistischen Partei an den Wahlen behindern. Das reicht von der Einschränkung des Rechts auf Entfaltung der Wahlpropaganda bis zum Verbot der kommunistischen Partei und bis zur faschistischen Unterdrückung. So sorgt die Bourgeoisie dafür, daß ihre gekauften Berufspolitiker im Parlament unter sich sind und dort, vollständig vom Volk getrennt, ihrem Handwerk des Volksbetrugs nachgehen können.

In der Sozialistischen Volksrepublik Albanien dagegen gibt es nicht nur keine Trennung der Volksversammlung vom Volk. Es gibt auch eine Kontrolle des Volkes über seine Abgeordneten. Denn während bei uns die Mitglieder des Bundestags nur ihrem „Gewissen" verantwortlich sind, sind die Abgeordneten der Volksversammlung ihren Wählern gegenüber rechenschaftspflichtig. Das bedeutet: so wie die Regierung den Abgeordneten, so müssen die Abgeordneten gegenüber den Wählern über ihre Tätigkeit Rechenschaft ablegen. Und diese Pflicht schließt auch die Möglichkeit ein, daß die Wähler einen Abgeordneten, der seinen Auftrag nicht erfüllt oder der gezeigt hat, daß er dem Sozialismus nicht treu ergeben ist, jederzeit von seinem Mandat entbinden können.

All diese Tatsachen zeigen, daß in Albanien die Demokratie für die Werktätigen nicht wie in unserem Land ein Spiel, eine betrügerische Parole ist, sondern alltägliche Wirklichkeit. Und gerade die Wahlen dienen der Erweiterung und der Festigung der proletarischen Demokratie. Das gilt einmal für die Abgeordneten selbst. Für sie, die ja keine „Berufspolitiker" sondern einfache Werktätige sind, ist ihre Tätigkeit eine Schule des Regierens, bei der sie lernen, die Probleme der Staatsmacht, die ja dem Volke gehört, zu lösen. Und selbstverständlich hilft ihnen und unterstützt sie der proletarische Staat dabei auf jede erdenkliche Weise. So gibt es etwa für die Abgeordneten, die zum ersten Mal gewählt wurden — und das sind immer viele in diesem höchsten Organ — besondere Kurse, die es ihnen erleichtern, ihre wichtigen Aufgaben zu meisten.

Aber auch für alle albanischen Werktätigen bedeuten die Wahlen eine besonders aktive Teilnahme an der Regierung des Landes. Denn in den breiten Volksaussprachen über das Programm und die Kandidaten der Demokratischen Front können sie ihre Erfahrungen und Meinungen einbringen, und zugleich vertiefen sie auch ihr Verständnis von den Problemen der proletarischen Macht. So sind die Wahlen in Albanien, für die es kein ähnliches Beispiel irgendwo auf der Welt gibt, eine Bekundung und Festigung der stählernen Einheit zwischen dem Volk, seinem Staat der Diktatur des Proletariats und der Partei, die diesen Staat führt und die die Organisatorin aller Siege und Erfolge des albanischen Volkes ist. Sie sind aber zugleich auch ein leuchtendes Beispiel für die grundsätzliche Überlegenheit der proletarischen Demokratie über die bürgerliche Demokratie der kapitalistischen und revisionistischen Länder.

Brief des Genossen Enver Hoxha

Partei der Arbeit Albaniens
Zentralkomitee
An das
Zentralkomitee
der KPD/ML
Dortmund

Liebe Genossen!

Ich danke Euch warmherzig für die brüderlichen Grüße und Glückwünsche, die mir das Zentralkomitee Eurer Partei zu meinem 70. Geburtstag gesandt hat.

Ich betrachte sie als Ausdruck der Liebe zu unserem Volk und der brüderlichen internationalistischen Beziehungen zwischen unseren beiden Bruderparteien.

Das siegreiche Banner von Marx, Engels, Lenin und Stalin stets hochhaltend, werden wir alle Schwierigkeiten und Hindernisse auf dem gemeinsamen Weg der Revolution und des Sozialismus erfolgreich überwinden.

Ich möchte die Gelegenheit benutzen, um Euch immer größere Siege in Eurem Kampf gegen den deutschen Imperialismus und den vom USA-Imperialismus angeführten Weltimperialismus, gegen den Sozialimperialismus und gegen den modernen Revisionismus aller Schattierungen zu wünschen.

Revolutionäre Grüße
Enver Hoxha
Erster Sekretär des
Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens

Tirana, 27. Oktober 1978.

Die Demonstration der 500.000 in Lissabon

Portugal
500.000 demonstrieren in Lissabon

Mit einer machtvollen Demonstration mit einer halben Million Teilnehmern protestierten die portugiesischen Werktätigen in Lissabon gegen die Angriffe der Regierung auf die Bodenreform. Dabei geht es um die von der Regierung seit einigen Monaten verstärkt betriebene gewaltsame Auflösung der landwirtschaftlichen Kooperativen und die Übergabe des Bodens an die ehemaligen Besitzer. Gleichzeitig protestierten die Demonstranten in Lissabon auch gegen die steigende Teuerung und andere Angriffe auf die Lebensbedingungen der Werktätigen.

Spanien
Schwere Kämpfe im Baskenland

Nach der Ermordung von zwei Männern und einer Frau durch die paramilitärischen Truppen des spanischen Regimes kam es im Baskenland wieder zu heftigen Kämpfen zwischen der Bevölkerung und der Polizei. Die beiden Männer sollen Angehörige der baskischen patriotischen Organisation ETA gewesen sein. In der ganzen Provinz Guizpuzcoa traten die Arbeiter aus Protest gegen den Polizeiterror in den Generalstreik. Auch die Schüler schlossen sich diesem Streik an. In der Stadt San Sebastian errichteten die Werktätigen Barrikaden gegen die Polizeitruppen. Bei den Kämpfen setzten diese Truppen Rauchbomben und Hartgummigeschosse gegen die baskischen Werktätigen ein.

Offener denn je sind in dieser Situation die spanischen Revisionisten an die Seite des Regimes getreten. Ihr Führer, der berüchtigte Carrillo, nannte die patriotische ETA den „Feind Nr. 1" für die Werktätigen Spaniens. Die Angehörigen der Polizeitruppen dagegen, die unzählige Menschenleben auf dem Gewissen haben, ernannte er zu „Arbeitern". Führer der revisionistischen KPSp tauchten auch im Hauptquartier der im Baskenland stationierten spanischen Polizei auf und bekundeten ihr Beileid mit den von patriotischen Kommandos hingerichteten Polizeischergen.

Italien
Streiks und Massenkundgebungen

Aus Protest gegen das schon sechs Monate andauernde Verschleppen der Tarifverhandlungen sind die Beschäftigten in mehreren Bereichen des öffentlichen Dienstes in der vergangenen Woche in den Streik getreten. An Protestkundgebungen gegen die reaktionäre Krisenpolitik der Regierung beteiligten sich am Donnerstag in ganz Italien mehrere Millionen Werktätige.

El Salvador
Patrioten besetzen Radiostationen

Im mittelamerikanischen Staat El Salvador ist es bewaffneten patriotischen Kräften gelungen, 18 Radiostationen kurzfristig in ihre Gewalt zu bringen. Sie verlasen eine Erklärung, in der zum Kampf gegen das Regime aufgerufen wird.

Afghanische Studenten rufen zur Demonstration auf

Unter der Parole „Freiheit für die patriotischen politischen Gefangenen in Afghanistan" ruft die Generalunion afghanischer Studenten zu einer Demonstration in Frankfurt auf. Im April dieses Jahres hat eine sozialfaschistische Clique mit der massiven Unterstützung der russischen Supermacht in einem Militärputsch die Macht in Afghanistan an sich gerissen. In dem Aufruf der GUAfS heißt es: „Diese Clique, die den sowjetischen Offizieren, Soldaten und Besatzerberatern freie Verfügungsgewalt über die afghanische Bevölkerung gegeben hat, hat bis jetzt Zehntausende von fortschrittlichen und unschuldigen Menschen mit Bomben beworfen, ermordet, gefoltert oder eingekerkert. Die Gefängnisse sind überfüllt. Täglich werden Menschen, wie die Juden unter Hitler, in der Nacht während der Ausgangssperre abgeführt."

Während Kommunisten, Antifaschisten und andere Patrioten in den Kerkern des Regimes den grausamsten Folterungen ausgesetzt sind, werden Mitglieder des vor dem Putsch regierenden faschistischen Daud-Regimes und auch Angehörige der ehemals königlichen Familie wieder auf freien Fuß gesetzt.

Auch in der Bundesrepublik werden fortschrittliche Afghanen von der Botschaft ihres Landes terrorisiert, zum Beispiel durch stundenlange Verhöre oder durch die Weigerung, den Paß zu verlängern.

Demonstration: Samstag, den 2. Dezember um 10.30 Uhr. Abmarsch vor der Mensa der Universität Frankfurt.
Veranstaltung: Freitag, den 1. Dezember um 19 Uhr, Hörsaal V der Universität Frankfurt, Mertonstr. 17-25.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
19.00-19.30	1394 kHz	215 m	MW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW

Iran
Die ganze Armee ist gegen das Volk mobilisiert

Teheran in diesen Tagen ist eine belagerte Stadt. An allen Straßenkreuzungen sind die britischen Chieftain-Panzer aufgefahren. Daneben jeweils ein Zug Infanteristen, ausgerüstet mit G 3-Gewehren aus westdeutscher Lizenzproduktion (Hersteller: Heckler & Koch). Maschinengewehrnester hinter Sandsäcken vervollständigen das Bild. Insgesamt 100.000 Mann, ein Viertel der iranischen Armee, sind gegenwärtig in der Hauptstadt und ihrer Umgebung stationiert.

Mit äußerster Brutalität wird das Kriegsrecht gegen die Bevölkerung angewandt. Wer etwa nach 21 Uhr, dem Beginn der Sperrstunde, auf der Straße angetroffen wird, wird einfach abgeknallt. So ging es zum Beispiel auch einem Frauenarzt, der abends zu einer Patientin gerufen wurde. Er starb unter dem Feuer aus den G 3-Gewehren.

Auch im Erdölgebiet am Persischen Golf sind schwerbewaffnete Militäreinheiten einmarschiert, um den politischen Streik der Erdölarbeiter zu brechen. In Berichten aus dem Iran ist von Kämpfen in diesem Gebiet die Rede und auch davon, daß viele der Streikführer vom Militär ermordet wurden. Wieweit es den faschistischen Truppen gelungen ist, den Streik zu brechen, kann wegen der totalen Nachrichtensperre, die vom Schahregime verhängt wurde, schwer abgeschätzt werden.

Trotz der Mobilisierung der gesamten Armee gegen das Volk gab es auch in der vergangenen Woche eine Reihe von Kampfaktionen der Werktätigen gegen die verhaßte Diktatur. So in Teheran selbst, wo sich mehrere kleine Demonstrationen im Basarviertel bildeten, in der Stahlmetropole Isfahan und in Mesched. In der Stadt Korramshar richteten die faschistischen Truppen unter der Bevölkerung ein Massaker an, bei dem Dutzende von Werktätigen ermordet wurden.

Wenn angesichts des massiven Aufmarschs der Panzer, angesichts der Besetzung der iranischen Städte und Industriereviere durch schwerbewaffnete Truppen, in den letzten Tagen die Welle der Massendemonstrationen auch abgeebbt ist (jeder unbewaffnete Massenaufmarsch wäre unter diesen Bedingungen auch selbstmörderisch), so heißt das doch nicht, daß sich der Sturm des Volkes gegen den Schah gelegt hätte. Und der Henker auf dem Pfauenthron weiß das selbst sehr genau. Er setzt diesem Sturm nicht nur seine Mordtruppen entgegen. Er wendet sich auch mit immer neuen, widerwärtigen Appellen an sein „liebes iranisches Volk". So konnten ausgerechnet am Tag der Einsetzung der Militärregierung die iranischen Werktätigen auf dem Fernsehschirm einen Schah sehen, der ihnen bekundete: „Ich habe die Botschaft der Revolution des iranischen Volkes verstanden." Der Diktator nannte die Streiks der Arbeiter und Angestellten „gerechtfertigt" und legte gar einen Schwur ab, „daß sich die früheren Fehler wie Ungesetzlichkeit, Unterdrückung und Intrigen nicht wiederholen werden". Und das geschah — wie gesagt — an dem Tag, an dem mit der Bildung der Militärregierung der Auftakt für eine neue Welle des faschistischen Terrors gegen das Volk gegeben wurde. Dieser Auftritt zeigt nur die ganze Schwäche, den Bankrott der Schahdiktatur. Die iranischen Werktätigen jedenfalls sind mit solchen Versprechungen nicht zu ködern.

Gleichzeitig unternehmen das Regime von Teheran und seine amerikanischen Hintermänner hektische Manöver, um sich für den Fall vorzubereiten, daß die Erhebung der iranischen Volksmassen auch die Militärregierung ins Wanken bringt. So wurde jetzt bekannt, daß der Schah über Mittelsmänner mit dem islamischen Führer Khomeiny in Verbindung trat. Desgleichen verhandelt er mit dem Führer der bürgerlichen „Nationalen Front", Sandjabi, den er kürzlich erst inhaftieren ließ. Schon vor der Bildung der Militärregierung hatte er Sandjabi sogar das Amt eines Ministerpräsidenten angeboten. So sucht der Henker jetzt die Allianz mit der bürgerlichen Opposition, um seinem Sturz zu entgehen und unter dem Mantel der „Demokratie" sein Regime fortzusetzen.

Einsatz des Militärs gegen die Demonstration in Teheran am 2. November

Ihre Vorbereitungen treffen auch die amerikanischen Hintermänner des Schahs. Auf der einen Seite vergeht keine Woche, in der nicht der Chef des Weißen Hauses seine Solidaritätserklärungen für den faschistischen Henker abgibt. (Carter: „Wir betrachten den Schah als unseren Freund"). Auf der anderen Seite — so enthüllte jetzt der ehemalige Chef der Presseabteilung des Schahs, Sia Zand — hat der amerikanische Geheimdienst CIA schon einen „Notplan" für das Scheitern der Militärregierung ausgearbeitet. Diese Enthüllung wurde in der vergangenen Woche indirekt auch von Carters Berater Jordan bestätigt, der von „Aktionsplänen" für den Iran sprach, die im Nationalen Sicherheitsrat Washingtons erstellt worden wären.

Und wo die amerikanischen Imperialisten derart offen die Einmischung in die Kämpfe im Iran betreiben, dürfen natürlich auch ihre russischen Konkurrenten nicht fehlen. Breschnew persönlich meldete sich am Wochenende zu Wort und erklärte, jede Einmischung in den Iran würde die Sicherheitsinteressen der russischen Supermacht bedrohen. Gleichzeitig hob er hervor, daß auch Moskau gute Beziehungen zu der faschistischen Diktatur in Teheran unterhalte und daß der Kreml „stabile Verhältnisse" im Iran sehen möchte. Die guten Beziehungen Moskaus zur faschistischen Schahdiktatur beruhen ja vor allem darauf, daß diese Diktatur es den russischen Sozialimperialisten ermöglicht, das iranische Erdgas auszuplündern.

Ein solches stabiles Ausbeutungsverhältnis wollen die Kremlherren natürlich nicht gefährdet sehen. Breschnews Drohungen richten sich aber nicht nur gegen die amerikanische Supermacht, in der Befürchtung, daß sie Moskau aus dem Iran verdrängen könnte. Sie richtet sich auch gegen das iranische Volk. Denn dieses Volk, das haben die Forderungen der Werktätigen in ihren Kämpfen klar zum Ausdruck gebracht, will mit solchen „stabilen Verhältnissen" nach dem Geschmack von Washington und Moskau endgültig Schluß machen und alle imperialistischen Ausbeuter aus dem Lande werfen.

Supermächte
Atomare Rüstung wird vorangetrieben

Gegenwärtig wird zwischen Washington und Moskau um den Abschluß von SALT II gepokert. SALT heißt ausgeschrieben in deutscher Übersetzung: Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Rüstung. Die II zeigt an, daß es sich dabei schon um die zweite Runde der Verhandlungen handelt. Aber je näher der Abschluß des Pokers (Anfang nächsten Jahres) rückt, desto schneller geht nicht die Ab-, sondern die Aufrüstung der Supermächte voran.

Eine nie dagewesene Aufhäufung von strategischen Atomwaffen kündigten die amerikanischen Imperialisten in der vergangenen Woche an. So soll jetzt ein neues System von MX-Atomraketen entwickelt werden. Das besonders Teuflische an diesem Plan: Die Raketen sollen nicht in festen Standorten stationiert, sondern in ein „lufttransportfähiges System" eingebaut werden. Das bedeutet, daß 200 dieser Massenvernichtungswaffen von Transportflugzeugen ständig in der Luft herumgeflogen werden.

Als zweite Stütze ihres atomaren Vernichtungspotentials wollen die amerikanischen Imperialisten neben den Interkontinentalraketen die Cruise Missiles bauen. Das sind unbemannte Marschflugkörper, die jeden Radarschirm unterfliegen und so ihre tödliche Last ins Ziel bringen können. Bis 1985 sollen 3.000 dieser Cruise Missiles beschafft werden.

So wird auf immer höherer Ebene der Rüstungswettlauf zwischen den Supermächten angeheizt. Und natürlich bleibt Moskau nicht hinter Washington zurück, auch wenn die Kremlherren ihre Rüstungspläne nicht derart offen ausbreiten wie die Carter-Regierung. Breschnew selbst drohte am vergangenen Wochenende damit, daß die russische Supermacht über ein strategisches Atomwaffenarsenal verfüge, das den größten Teil der USA vernichten könne. Und bei dieser Gelegenheit machte er auch noch einmal deutlich, daß auch Moskau über die Technologie zum Bau der Neutronenbombe verfügt.

Klassenkämpfe in der Türkei (1)

„Tod dem Faschismus — Freiheit dem Volk!"

Wie der „Rote Morgen" in seiner letzten Ausgabe berichtete, haben die türkischen Marxisten-Leninisten auf einer Konferenz, die kürzlich stattgefunden hat, die Gründung einer Aufbauorganisation für die Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei beschlossen. Die proletarisch-revolutionäre Zeitung „Halkin Kurtulusu" hat diesem Ereignis eine Sondernummer gewidmet. 51.000 Exemplare davon wurden in der Türkei gekauft. Ein Zeichen für das Interesse, die Sympathie, mit der die revolutionären türkischen Werktätigen am Kampf für die Bildung einer wahrhaft kommunistischen Partei in ihrem Land teilnehmen. Wir wollen dieses Ereignis zum Anlaß nehmen, um über einige Gesichtspunkte des gegenwärtigen Klassenkampfes in der Türkei zu berichten.

„Bilanz des Terrors" — unter solchen oder ähnlichen Überschriften werden in den Zeitungen der Bundesrepublik die gelegentlichen Meldungen aus der Türkei geführt. Da ist dann die Rede von politischen Morden, von neuen Bombenanschlägen, die neue Opfer gekostet haben. Und am Schluß wird dann die besagte Bilanz gezogen, wird die jährliche oder monatliche Quote der Erschossenen, Erstochenen, in die Luft Gesprengten angeführt. Und das alles — so erzählt man uns — ist eine Folge des erbarmungslosen Kleinkriegs zwischen „linken und rechten Extremisten".

Es ist wahr: Allein in diesem Jahr sind mehr als 500 Menschen dem Terror zum Opfer gefallen, in vielen Fällen auf offener Straße regelrecht abgeknallt worden. Aber was steckt dahinter? Wer sind die Mörder, wer ihre Drahtzieher? Nehmen wir ein beliebiges Beispiel aus der jüngsten Zeit. In der osttürkischen Stadt Malatya wird der Großgrundbesitzer Hamido durch eine Bombe ermordet. Er ist ein ebenso bekannter wie berüchtigter Faschist. Viele Verbrechen am Volk gehen auf seine Rechnung. Für seine Gesinnungskumpane ist dieses Attentat das Signal zur Entfesselung des offenen Terrors. Mit Autos und per Flugzeug kommen sie nach Malatya und organisieren einen regelrechten bewaffneten Feldzug gegen die Stadt. Auf alles, was sich bewegt, wird das Feuer eröffnet. Revolutionäre und Demokraten werden kurzerhand erschossen. Teile der Stadt gleichen bald einer Trümmerwüste. Militär zieht auf. Wieder einmal beschwört die Regierung in Ankara die Gefahr des Bürgerkrieges in der östlichen Türkei. Ein noch härteres Vorgehen gegen die „linken Terroristen" wird angekündigt.

Aber die Bombe, die den Faschisten Hamido getötet hat — so enthüllte die Zeitung „Halkin Kurtulusu —, war von genau der gleichen Bauart wie die, mit der kurz zuvor in Istanbul sieben revolutionäre Studenten in den Tod gesprengt wurden. Und unter dem Druck der Tatsachen muß die Regierung schließlich eingestehen, daß die besagten Bomben in einem staatlichen Atomforschungszentrum in Ankara hergestellt wurden. Es waren die faschistischen Terroristen selbst, die ihren Kumpan in die Luft jagten, um so den Vorwand für ihren Mordterror zu schaffen. 7.000 Menschen aus Malatya gaben den ermordeten Revolutionären das letzte Geleit, gestalteten die Trauerkundgebung zu einer mächtigen Anklage gegen die Mörder, gegen die Machthaber in Ankara. „Tod dem Faschismus — Freiheit dem Volk". Das ist die Losung, unter der sich heute immer breitere Schichten des werktätigen Volkes zum Kampf erheben.

Malatya war nur ein Einzelfall. Wenig später wird die osttürkische Stadt Sivas mit faschistischem Terror überzogen. Hunderte von Häusern gehen in Flammen auf. Zwölf Werktätige werden von den faschistischen Terrorbanden hingemordet, in deren Reihen auch Angehörige der Polizei stehen, die mit ihren automatischen Waffen auf die Menschen von Sivas feuern. Dieser Mordeinsatz der uniformierten Terroristen ist sozusagen „privat". Später allerdings greift die Polizei dann auch „offiziell" ein. Aber nicht etwa so, daß sie den faschistischen Vandalen entgegentritt. Nein, sie stürmt die Büros der revolutionären Jugendorganisationen. In Sivas haben die Faschisten ihren Feldzug des Terrors unter der Parole gestartet: „Die Kommunisten bombardieren die Moscheen!", und gleichzeitig haben sie versucht, die verschiedenen religiösen Gruppen gegeneinander aufzuhetzen, indem sie eine bestimmte Glaubensrichtigung des Islams, die sogenannten Alevi, gemeinsam mit den Kommunisten zu solchen „Bombenlegern" gemacht haben.

Verkauf der Zeitung „Halkin Kurtulusu" in der Türkei

Wer sind diese terroristischen Provokateure? Spricht man von den Faschisten in der Türkei, dann fällt unweigerlich bald der Name Alparslan Türkes. Dieser Herr, bis vor wenigen Monaten noch Vizechef der türkischen Regierung, ist auch in unserem Land kein Unbekannter mehr. Es ist erst einige Wochen her, daß Türkes als Boß der faschistischen Mordbande „Graue Wölfe" mit der Billigung der Bonner Regierung die Bundesrepublik bereiste, um auch hier den Terror seiner Anhänger gegen die in der Bundesrepublik lebenden fortschrittlichen türkischen Arbeiter zu organisieren. Genossen von „Halkin Kurtulusu" und andere türkische Werktätige, unterstützt von ihren deutschen Kollegen, traten diesem Reisenden in Sachen Terrorismus mit machtvollen Kundgebungen entgegen. Ein offenes Ohr allerdings findet Türkes seit einiger Zeit bei dem CSU-Boß Strauß. Kürzlich erst trafen diese seelenverwandten Figuren zu Geheimgesprächen zusammen. Was sie dabei besprachen, ist nicht bekannt. Aber sicher hat der vielfache Mörder aus Ankara seinem deutschen Freund einiges über die wirkungsvolle Bekämpfung des Kommunismus erzählen können. Vielleicht hat er ja auch von den „Heldentaten" seiner Leute in Malatya und Sivas erzählt und von dem berüchtigten Lehrbuch des CIA, nach dem diese Aktionen geplant waren.

Von diesem Lehrbuch berichtete vor einigen Monaten ein Oberst der türkischen Armee mit Namen Emin Deger. Es ist dem türkischen NATO-Partner von den Herren im Pentagon schon 1965 für eine türkische Übersetzung zur Verfügung gestellt worden, und darin wird dem Geheimdienst dieses Landes empfohlen, „solche Aktionen [zu unternehmen], die in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken sollen, als kämen sie von Revolutionären, die vor Grausamkeiten nicht zurückschrecken. Auf diese Weise kann die Stimmung im Volk im Sinne der Ordnung und gegen die Subversion beeinflußt werden."

Das ist genau das Muster der Terroraktionen von Malatya und Sivas. Oberst Deger selbst stellte dazu fest, daß die politische Entwicklung in der Türkei seit 1971 „eine minutiöse Anwendung dieser Lehrsätze auf das politische Geschehen in der Türkei heute" ist.

Aber die Strategen des CIA, dieser internationalen Terrorzentrale, beschränkten sich nicht auf das Formulieren von Lektionen für ihre gelehrigen Schüler in Istanbul und Ankara. Im Jahr 1971 schlugen sie selbst massiv und direkt zu. So wie sie es zuvor schon in Griechenland und wenig später auch in Chile machten, organisierten sie am 12. März auch in der Türkei einen faschistischen Militärputsch. Die Auftraggeber des CIA, die amerikanischen Monopolherren, waren aufgeschreckt worden von der schwungvollen Entwicklung der Klassenkämpfe, aufgeschreckt von der Tatsache, daß Hunderttausende von türkische Werktätige in Streiks und Massendemonstrationen die Abschüttelung des amerikanischen Jochs forderten. So stürzten die US-Imperialisten die Völker der Türkei in ein faschistisches Blutbad, um ihren Würgegriff um das Land noch fester zu ziehen.

Und heute? Heute spielt man „Demokratie" in Ankara. An der Spitze der Regierung steht kein Putschgeneral von Gnaden des CIA mehr, sondern der Sozialdemokrat Ecevit. Geändert jedoch hat sich nichts. Der faschistische Terror gegen das Volk ist geblieben. Und organisiert wird er weiterhin von den Putschisten des 12. März. Sie haben innerhalb der Armee eine Verschwörerorganisation gebildet, die sogenannte Konter-Guerilla. Eine Organisation, die es als ihre Aufgabe ansieht, den Mordterror gegen Revolutionäre zu betreiben und die Voraussetzungen für einen neuen Militärputsch zu schaffen — getreu nach den Anweisungen aus dem Lehrbuch des CIA. Verschwörer — das klingt nach Illegalität, nach verstecktem Wühlen im Untergrund. Aber tatsächlich sind die führenden Köpfe der Konter-Guerilla genauso bekannt wie Alparslan Türkes als Boß der „Grauen Wölfe".

Da ist zum Beispiel der General Faik Türün, während der Zeit der Militärdiktatur Kriegsrechtskommandant von Istanbul. Das Volk hat ihm den Namen „Folterkommandant" gegeben. Heute sitzt er außer im Stab der Konter-Guerilla auch noch im Parlament — wie es sich gehört für einen „Demokraten". Da ist weiter der General Mahmut Unlutürk, ebenfalls früherer Kriegsrechtskommandant und heutiger Abgeordneter. Von ihm ist bekannt, daß er auf dem Gelände der Fabrik „Sancak-Tüb" bei Istanbul Kommandos der „Grauen Wölfe" ausbildete, die von der Konter-Guerilla auch mit Waffen beliefert werden. Besitzer des Werkes ist der türkische Großkapitalist Bayrak, einer der Finanziers der faschistischen Terroristen.

Ein anderer führender Kopf der Konter-Guerilla ist der General Ersun, ein enger Freund von Türkes. Dieser General sagte über die Strategie seiner Organisation und der mit ihr verbundenen Banden in bemerkenswerter Offenheit: „Durch Sabotageaktionen, politische Morde und solche Sachen einen Bürgerkriegszustand schaffen. Dann kommen wir." Das soll heißen: dann wird das blutige Ereignis vom 12. März 1971 wiederholt. Da trifft es sich doch sehr gut, daß die Zentrale der Konter-Guerilla im Gebäude des Generalstabs der türkischen Armee untergebracht ist. Und unter dem gleichen Dach hat praktischerweise auch der CIA sein Quartier aufgeschlagen. So sind alle terroristischen Dunkelmänner unter dem Kommando der „Spezialisten" aus Washington vereint, wobei man auch noch den MIT erwähnen müßte, den Geheimdienst der Türkei, genauer gesagt: eine türkische Ausgabe des CIA und ebenfalls aktiv im Mordterror gegen die revolutionären Werktätigen.

Und die Regierung Ecevit? Sie sieht all dem tatenlos zu. Gewiß, vor einiger Zeit raffte sich der Regierungschef persönlich zu einem Wort über die Konter-Guerilla auf. Er sprach von der Notwendigkeit des „Eindämmens". Aber damit meinte er nicht etwa die Verschwörertätigkeit der Terroristen. Oh nein, die Diskussion darüber, die sollte „eingedämmt" werden. So kann mit Genehmigung der „demokratischen" Regierung weiter gemordet, weiter gefoltert werden. So kann die Konter-Guerilla weiter überall im Land ihre Folterzentren errichten.

Bewaffnete Verbände (siehe Kreis) gehen gegen die Demonstranten vor.

„Halkin Kurtulusu" veröffentlichte vor einiger Zeit einen Brief von sechs gefangenen Patrioten, die über ein solches Folterzentrum in der Nähe des Flughafens von Istanbul berichteten. Über Wochen hinweg wurden sie jeden Morgen in den Polizeirevieren, wo sie gefangengehalten wurden, abgeholt und in diese Zentrale des Terrors verschleppt. Dort warteten schon die Folterknechte von MIT und Konter-Guerilla, die mit barbarischen Torturen wie Elektroschocks und Bastonaden aus den Genossen „Aussagen" herausquetschen wollten. „Offiziell" jedoch gibt es keine Folter in der Türkei, und die Regierung wird nicht müde, entsprechende Anklagen entrüstet weit von sich zu weisen.

Die angeführten Tatsachen machen deutlich, was es mit der „Bilanz des Terrors" in der Türkei wirklich auf sich hat. Sie zeigen auch, daß nicht nur die „Grauen Wölfe", sondern auch die uniformierten und zivilen Angehörigen der staatlichen Organe die Terroristen sind, daß trotz aller „demokratischen" Tünche die faschistische Unterdrückung des Volkes durch den Staatsapparat weitergeht. Und es sind nicht nur die Folterungen, die alltäglichen Morde auf offener Straße oder Terrorfeldzüge wie in Sivas und Malatya; auch gegen Streikkämpfe werden paramilitärische Einheiten eingesetzt. Und im Osten der Türkei, wo das kurdische Volk lebt, herrscht faktisch weiterhin der Ausnahmezustand. Mitte September zum Beispiel vollführten die Militärs mit der Beteiligung des Innenministers ein grausiges Schauspiel in den kurdischen Gebieten. Im Rahmen ihres Manövers „Flügel 78" probten sie ganz offen die Bombardierung kurdischer Dörfer mit Napalmbomben. Und um den blutigen Ernst dieser faschistischen Provokation zu unterstreichen, trieben sie die Dorfbewohner der Umgebung zusammen und zwangen sie, diesem Schauspiel zuzusehen.

Die Werktätigen der Türkei beantworten die Verbrechen der faschistischen Diktatur mit machtvollen Kampfaktionen. Im vergangenen Jahr haben die proletarischen Revolutionäre um die Zeitung „Halkin Kurtulusu" die Initiative für eine Kampagne „Protest gegen den Faschismus, gegen die politischen Morde und Folterungen" ergriffen. Sie konnten in vielen Städten die fortschrittlichen Werktätigen und die Jugend zu großen Massendemonstrationen zusammenschließen. Ein wichtiger Abschnitt im Kampf gegen den Faschismus war auch die Bildung der Bewegung „Schluß mit dem Elternschmerz". Es sind die Frauen und Mütter der ermordeten Werktätigen, die in dieser Bewegung gemeinsam dem Regime entgegentreten und durch ihren Kampf den unversöhnlichen Haß gegen den Faschismus zum Ausdruck bringen.

Eine gewichtige und vorwärtstreibende Kraft im antifaschistischen Kampf ist die Jugend der Türkei. Hier ist in erster Linie der Jugendverband YGDF zu erwähnen, der auf revolutionärer, antifaschistischer und antiimperialistischer Grundlage die Kämpfe der jungen Werktätigen in Stadt und Land, der Schüler und Studenten führt. Im YGDF sind etwa 160 Orts- und Bezirksgruppen zumit insgesamt 25.000 Mitgliedern zusammengefaßt. Die YGDF läßt sich von der revolutionären Linie der Marxisten-Leninisten um die Zeitung „Halkin Kurtulusu" leiten und unterstützt aktiv deren politische Kampagnen und Aktionen. Ein Schwerpunkt in der Arbeit der Jugendorganisation ist gegenwärtig die Errichtung von Büros für die werktätige Jugend als Stützpunkte vor allem für den wirtschaftlichen Kampf der jungen Arbeiter und Angestellten und der jugendlichen Arbeitslosen.

(Im nächsten „Roten Morgen": Das wirtschaftliche Elend der türkischen Werktätigen — Die Gewerkschaftsarbeit der Marxisten-Leninisten — Revolutionäre Stützpunkte auf dem Land).

Geisterstunde

„Geisterstunde" heißt eine Serie, die die „Bild"-Zeitung seit Anfang November abdruckt. Worum es geht, verrät der Untertitel: „Deutschland '78: Unheimliche Begegnungen mit Hexen, Erzengeln, Teufelsaustreibern und Menschen, die zum zweitenmal leben." Am 13. November zum Beispiel wurde die wunderbare Rettung eines niederbayrischen Busunternehmerehepaares vor einem Flugzeugabsturz — „War es ein Engel? Oder Gott? Was war es?" — geschildert; für den 14. November war ein atemberaubender Bericht über die geheimnisvollen Vorgänge um den Tod des Schülers Guido angekündigt. Und während nun in der Nacht vom 13. auf den 14. November die Rotationsmaschinen die neue Geisterstory druckten, kam es im Bonner Prominentenviertel tatsächlich zu einer „unheimlichen Begegnung der dritten Art" — diesmal mit Terroristen.

Am nächsten Tag bereits konnte „Bild" unter einer zwölf Zentimeter hohen Überschrift melden: „Vor Genschers Bonner Bungalow hat ein Attentäter gestern kurz nach Mitternacht auf einen Leibwächter des Außenministers geschossen. Er entkam nach einem wilden Feuergefecht." Der Attentäter wurde als „groß" und „bärtig" beschrieben. Er „schoß sofort auf den 23jährigen Hauptwachtmeister und rannte weg. Der Beamte warf sich zu Boden, zog seine Walther-Pistole und feuerte gezielt auf den Unbekannten. Der Mann drehte sich im Rennen um und schoß zum zweitenmal auf den Beamten, der ihn verfolgte. Wieder drückte der Polizist ab — wieder schoß der Fremde zurück." Er „entkam ... in den nahen Kottenforst. Er hat vermutlich eine Schußverletzung... Die Staatsanwaltschaft: ‚Wir können einen Terroranschlag nicht ausschließen.'"

Mit seiner Berichterstattung stand „Bild" diesmal nicht allein. Der „flüchtige Täter" samt seinen „Schüssen", „Bärten" und „Verbindungen zur Terrorszene" geisterte durch alle Rundfunk- und Fernsehnachrichten sowie durch die ganze renommierte Presse der deutschen Bundesrepublik. Die mehr und die weniger prominenten Terroristenjäger samt ihren Helfershelfern und Sympathisanten aus der Medienszene griffen die Gelegenheit beim Schopf und zeterten Terrormordio.

Der vor der Villa Genschers aufgestöberte Terrorist existierte allerdings ebensowenig wie die Hexen und Erzengel der „Bild"-Zeitung. Am nächstfolgenden Tag konnte man in einigen Zeitungen ein kleinlautes Dementi lesen: Es war allein der Polizeibeamte gewesen, der geschossen hatte — in Panik geraten durch einen Schatten im Gebüsch. Aus Angst, sich zu blamieren, aus Eifer, den Erwartungen zu entsprechen, hatte er der sprungbereiten Fahndungsmaschinerie dann das Phantom präsentiert.

„Bild" vom 14. 11. 78

Genscher-Villa Feuergefecht mit Attentäter

Mann mit Bart kam um Mitternacht

jo. Bonn, 14. November

Vor Genschers Bonner Bungalow hat ein Attentäter gestern kurz nach Mitternacht auf einen Leibwächter des Außenministers geschossen. Er entkam nach einem wilden Feuergefecht.

Es raschelte am Gartenzaun. Einer der vier Polizisten, die den weißen Bungalow in einem Spähpanzer bewachten, sprang auf die Straße. Er sah einen großen bärtigen Mann zehn Meter neben Genschers Haus im Gebüsch kauern und schrie: „Halt, Polizei! Kommen Sie raus!"

Der Attentäter schoß sofort auf den 23jährigen Hauptwachtmeister und rannte weg. Der Beamte warf sich zu Boden, zog seine Walther-Pistole und feuerte gezielt auf den Unbekannten. Der Mann drehte sich im Rennen um und schoß zum zweitenmal auf den Beamten, der ihn verfolgte. Wieder drückte der Polizist ab – wieder schoß der Fremde zurück. Obwohl die Bewacher im Panzer über Funk Verstärkung anforderten, entkam der Attentäter in den nahen Kottenforst. Er hat vermutlich eine Schußverletzung.

Genscher (51) erfuhr von dem Überfall an der Bar im Hilton, Wiesbaden. Er war bestürzt, zumal da seine Frau mit Tochter Martina (17) und der Haushälterin zu Hause waren. Die Staatsanwaltschaft: „Wir können einen Terroranschlag nicht ausschließen."

Was aber wäre geschehen, wenn der Schatten im Gebüsch vor Genschers Villa tatsächlich von einem Menschen — einem verirrten Spaziergänger, einem Betrunkenen etwa — hergerührt hätte? — „Bedauerlicher Unglücksfall!" — hätte es geheißen. — Im „Deutschland '78" ist es für einen normalen Bürger gefährlich geworden, sich in die Wohnbezirke prominenter Politiker zu wagen. In diesen Todeszonen kann es allzu leicht zu unheimlichen — und oft tödlichen — Begegnungen mit dem leider sehr realen Spuk der Terroristenjagd, mit schießwütigen MEKsen, Staatsschützern und Terroraustreibern, kommen. Schließlich lebt man nicht zweimal.

Ein Ehrenbürger namens Hitler

„Heil mir! Lese so viel von Verjährung und so — liegt was gegen mich vor, bitt' schön?"

Er war der Führer des faschistischen Terrorstaates. Am Ende seiner Schreckensherrschaft lag halb Europa in Schutt und Asche. Aber trotz alledem genießt Adolf Hitler auch heute noch die Ehrenbürgerschaft in vielen westdeutschen Städten. Regensburg ist darunter, Hildesheim und auch Göttingen. Über hundert Orte sind es, die den faschistischen Massenmörder in der Galerie ihrer Ehrenbürger führen.

Diese unglaubliche Tatsache hat da, wo sie ruchbar geworden ist, zu schärfsten Protesten der Bürger geführt. Das hat immerhin Gemeindevertreter in einigen Orten, darunter auch Hannover, dazu gezwungen, Hitler aus der Liste zu streichen. Einige Herren in den westdeutschen Stadträten jedoch weigern sich trotz aller Proteste, diesem Beispiel zu folgen. Darunter auch ein Herr Krock, seines Zeichens Oberbürgermeister in der Weserstadt Hameln.

Dieser feine Herr findet es sogar „gefährlich", dem Diktator die Ehrenbürgerschaft zu nehmen. Denn damit — so seine eigenartige Logik — würde man ja seine Vergangenheit einfach abtun. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß dieser Herr mit der gleichen Logik überhaupt jedes Auftreten gegen den alten und neuen Faschismus für eine gefährliche Sache hält. Aber für diejenigen, die ihm auf solchen Gedankengängen nicht folgen wollen, hat Herr Krock auch noch ein anderes gewichtiges Argument bereit. Eine Streichung Hitlers sei nämlich auch aus juristischen Gründen nicht möglich. Obwohl es in der Landeshauptstadt Hannover offenbar keine solchen Probleme gab.

Krock ist kein Einzelfall. Im fränkischen Ort Parsberg zum Beispiel ist der Führer des faschistischen Reichsarbeitsdienstes Ehrenbürger. Trotz aller Proteste haben sich die Herren dort geweigert, auch nur sein Porträt aus der Ehrengalerie zu nehmen. Und Hitler selbst — wie gesagt — steht nach wie vor bei über hundert Orten auf der Liste der Ehrenbürger.

Der Plan des Weltbolschewismus

Nun ist es heraus! Wir Kommunisten sind nun endgültig entlarvt! Unsere finsteren Absichten, die wir bisher noch notdürftig hinter Programmen und wissenschaftlichen Analysen verstecken konnten, sind nun enttarnt! —

Kürzlich verteilte eine faschistische Sekte vor einem Westberliner Krankenhaus ein Flugblatt, das unter anderem folgende Enthüllungen enthielt:

„Im Britischen Museum in London befindet sich ein Buch Nr. 3926, in welchem der strategische Plan, der zur kommunistischen Weltrevolution führen soll, aufgezeichnet ist. Hier einige Auszüge:

1. Die Jugend durch falsche Grundsätze verderben.

3. Die Menschen durch eigene Laster beherrschen.

4. Die Kunst entweihen und die Literatur beschmutzen.

6. Priester in Skandalgeschichten verwickeln.

7. Grenzenlosen Luxus und verrückte Moden einführen.

9. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverhältnis vergiften.

12. Löhne ohne Vorteil für die Arbeiter erhöhen.

14. ‚Ungebildete' regieren lassen (freies Wahlrecht).

15. Gestrauchelte Regierungsbeamte erpressen.

18. Massen auf Volksbelustigungen konzentrieren.

19. Menschen durch Impfgifte gesundheitlich schädigen." usw. usf.

„An der Echtheit dieses Dokumentes", heißt es in dem Flugblatt, „besteht kein Zweifel. Das Befolgen dieses Planes muß zum Weltbolschewismus führen."

Man fragt sich nur, warum der „Weltbolschewismus" noch nicht eingetroffen ist.

Es geht wieder einmal um Geld

Auf Entrüstung aller Fußballfans stoßen die neuen Pläne von DFB-Boß Neuberger, die Übertragung der Bundesligaspiele durch Life-Sendungen des Rundfunks nicht mehr zu gestatten. Millionen von Fußballanhängern müßten dann auf das gewohnte Erleben der Spiele am Samstag nachmittag verzichten und könnten erst später, wenn die Spannung ohnehin vorbei ist, Zusammenfassungen der einzelnen Spiele anhören oder ansehen.

Aber wie immer, wenn es um Sport im Kapitalismus geht, dreht es sich um Geld. Die schlechten Besucherzahlen der letzten Zeit haben den Pressesprecher des DFB, Dr. Wilfried Gerhard, beflügelt, als „Interessenvertreter der Vereine diese vor wirtschaftlichen Nachteilen zu bewahren". Deshalb die Erpressung: entweder Geld — oder keine Direktübertragungen mehr. Nach Neuberger werden durch die Direktübertragungen zu viele Fans vom Besuch der Spiele abgehalten. Ob sie nicht eher durch die gesalzenen Preise der Eintrittskarten abgehalten werden?

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 300526

4600 Dortmund 30

ROTER MORGEN

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: .....

Straße: .....

Plz/Ort: .....

Unterschrift: ..... Datum: .....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00** ○ vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel. 0231 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Politische Buchhandlung Spartacus, Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/17 74 04, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestraße 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr

4300 **ESSEN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Altendorfer Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/62 42 99, geöffnet: Do und Fr 10.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Buchladen „Paul Hoffmann", Burgstr. 5, geöffnet: Mi 16.00-18.30, Sa 10.00-12.00 Uhr. Tel.: 0461/2 96 01

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/43 75 95, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Di-Fr 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/68 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11.00-14.00 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Kieler Str. 21, Tel.: 04321/4 64 24, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, geöffnet: Mo—Fr 13.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr. 089/260 75 54

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 WESTBERLIN 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4 65 39 66, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.